

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
<b>Haushalt 2010/2011</b>	<b>1</b>
<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>Globale Finanz- und Wirtschaftskrise</b>	<b>2</b>
1. Die Entwicklung der Krise	<b>3</b>
2. Mannheim ohne Schaden aus der Finanzkrise	<b>5</b>
3. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte	<b>6</b>
4. Mannheims Beiträge zur Krisenbewältigung	<b>7</b>
4.1 Vorteile aus den Konjunkturprogrammen	<b>8</b>
4.2 Die Stadt finanziert Steuerentlastungen bei Bürgern und Unternehmen mit	<b>8</b>
<b>Antwort auf die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen</b>	<b>9</b>
1. Vorsorge getroffen - solide kommunale Finanz- und Haushaltspolitik in den Jahren 2006 bis 2009	<b>9</b>
2. Einsparungen mit dem Haushaltsstrukturprogramm 2013	<b>11</b>
3. Einsatz städtischen Vermögens	<b>11</b>
4. Einnahmeverbesserungen	<b>12</b>
5. Verschuldung	<b>15</b>
6. Weitere Haushaltsrisiken	<b>18</b>
<b>Eckpunkte des Haushaltes</b>	<b>19</b>
1. Entwicklung der Einnahmen	<b>19</b>
2. Ausgaben	<b>21</b>
2.1 Soziale Leistungen	<b>21</b>
2.2 Personalausgaben	<b>23</b>
2.3 Ganztagsbetreuung und frühkindliche Erziehung	<b>24</b>
3. Zuführung	<b>27</b>
4. Rücklage	<b>27</b>
<b>Investieren in die Zukunft</b>	<b>28</b>
1. Investitionskraft erhalten	<b>28</b>
2. Bildung/Schulen	<b>29</b>
3. Kinderbetreuung	<b>30</b>
4. Kultur/Kulturhauptstadtwerbung	<b>31</b>
5. Bädersanierung und Sportanlagen	<b>32</b>
6. Städtische Infrastruktur	<b>33</b>
7. Wirtschaftsnaher Infrastruktur	<b>34</b>
8. Ausgewählte Investitionen von städtischen Beteiligungen	<b>35</b>
<b>Ausblick - finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen</b>	<b>39</b>
<b>Anlagen</b>	

# Einleitung

## Globale Finanz- und Wirtschaftskrise

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

„Städte stehen vor beispiellosen Defiziten“

„OB...ordnet Haushaltssperre an! Jetzt drohen Personalabbau und Gebührenerhöhungen...“

„Diese Dramatik war noch nie“

„Kommunale Selbstverwaltung vor dem Ende?“

„Städte vor dem Finanzkollaps“

So, oder so ähnlich lauten in diesen Tagen die Schlagzeilen von Flensburg bis Garmisch, wenn Medien über die aktuellen Haushalte der deutschen Städte berichten. In dieser Zeit einen neuen Doppelhaushalt für die Jahre 2010 / 2011 mit der Finanzplanung für die Jahre 2012 und 2013 einzubringen, zumal noch zwei Tage vor Heilig Abend, stellt eine besondere Herausforderung dar.

Diese Schlagzeilen belegen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nun endgültig bei den Kommunen angekommen ist. Das Besondere an der aktuellen Situation ist allerdings das Ausmaß des Einnahmeeinbruchs bei gleichzeitigem Ausgabenwachstum im Sozialbereich und die Schnelligkeit der Entwicklung. Hinzu kommt, dass noch im Jahr 2008 die meisten Kommunen einen positiven Finanzierungssaldo, also mehr Einnahmen als Ausgaben verbuchen konnten.

Die Situation ist vergleichbar mit einem Flugzeug, dem man mitten im Steigflug die Treibstoffzufuhr abdreht. Die Triebwerke setzen aus, die Maschine kommt ins Trudeln und die Crew muss ihr gesamtes Können aufbieten, um einen Absturz zu vermeiden.

Wie schwer dieses Manöver wird, will ich Ihnen an folgenden Zahlenbeispielen verdeutlichen: Durch die Einnahmeausfälle und die Mehrausgaben summiert sich der Finanzbedarf in den nächsten vier Jahren auf die unvorstellbare Summe von 354 Mio. €. Davon allein rund 200 Mio. € in den Jahren 2010 und 2011. Um diese Zahl einordnen zu können, folgender Vergleich: In wirtschaftlich guten Jahren investiert die Stadt Mannheim pro Jahr ca. 80 Mio. €. Unterstellt, die Stadt Mannheim würde in den nächsten vier Jahren keinen einzigen € investieren, reichen die so eingesparten 320 Mio. € immer noch nicht aus, um die bestehende Finanzlücke von 354 Mio. € zu decken. Zur Verdeutlichung: Keine Investitionen würden bedeuten, keine Ausbesserung von Straßen, keine Sanierung von

Kindergärten und Schulen, kein weiterer Neuaufbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, Stopp der Sanierung von Kunsthalle und Nationaltheater und so weiter und so weiter.

Mit diesem Vergleich wird deutlich, vor welchen dramatischen Herausforderungen dieser Haushalt steht.

Im Folgenden zeigen wir Ihnen auf, wie wir diese Herausforderungen bestehen wollen, ohne einen Haushalt mit Fehlbeträgen vorlegen zu müssen.

Der Haushalt, den der Oberbürgermeister und ich heute einbringen, ist geprägt von dem Anspruch, die Stadt Mannheim durch die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg zu führen. Gerade in dieser Ausnahmesituation haben sich Bund, Land und Kommunen - die öffentliche Hand insgesamt - als der verlässliche Partner der Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die öffentlichen Leistungen wurden nicht eingeschränkt, vielmehr auf hohem Niveau aufrecht erhalten. Im Gegenteil, die Kommunen ihrerseits haben durch Investitionen dazu beigetragen, den wirtschaftlichen Einbruch abzufedern und damit auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen geleistet. Dieser verlässliche Partner wollen wir auch in den nächsten vier Jahren sein.

## 1. Die Entwicklung der Krise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein globaler Schock, der sich ausgehend vom amerikanischen Immobilienmarkt auf die global vernetzten Finanzmärkte ausbreitete und seinen Höhepunkt im Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers fand. Im Anschluss an dieses einschneidende Ereignis vom September 2008 griff der Schock, der bis dahin auf die Finanzmärkte beschränkt blieb, im Herbst 2008 auf die Realwirtschaft über und führte zu einem dramatischen Einbruch der weltweiten Wirtschaftstätigkeit, der in seinem Ausmaß der größte nach der Großen Depression Anfang der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts ist.

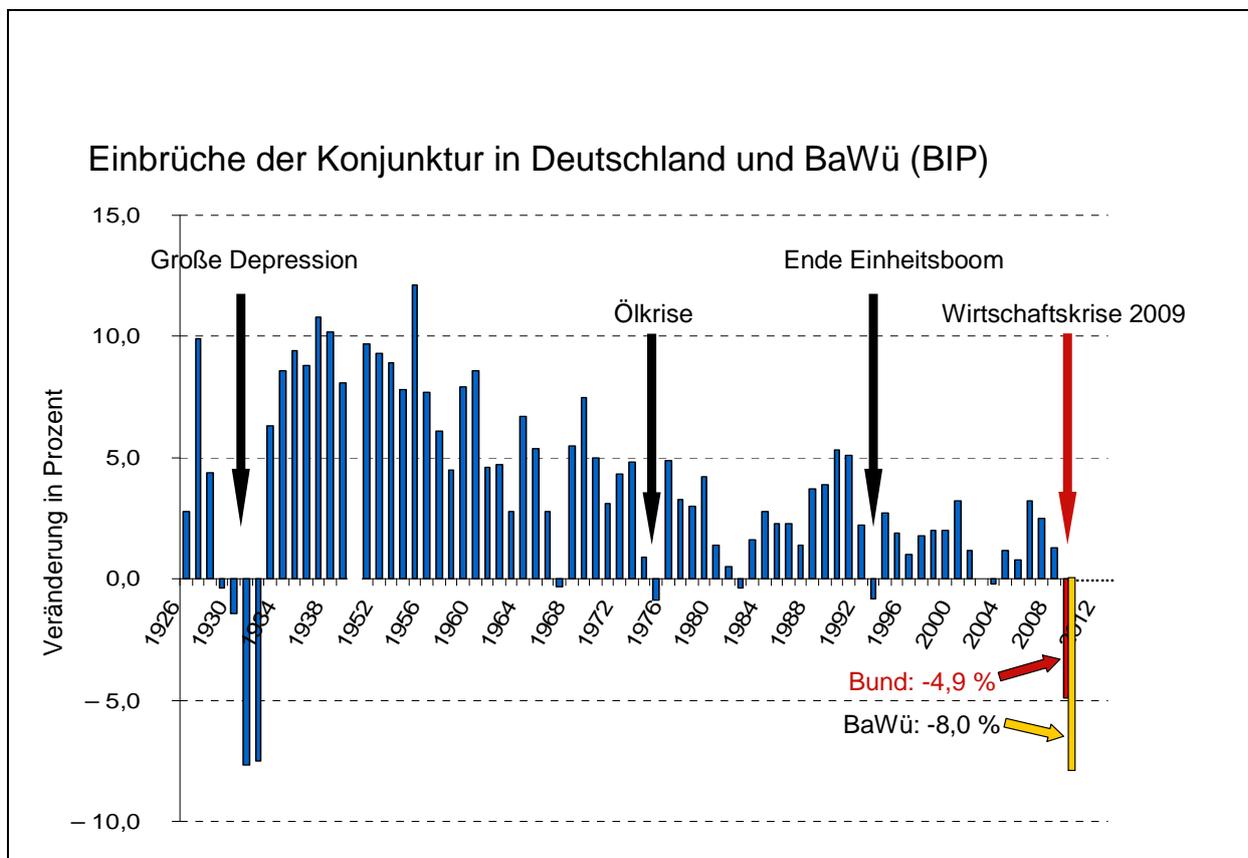
Bis 2007 sind die Immobilienpreise in den USA kräftig gestiegen: Das verlockte zusammen mit niedrigen Zinsen und einer großzügigen Kreditvergabe immer mehr Menschen zum Kauf eines Eigenheims. Diese Häuser wurden oft zu 100 % mit Kredit finanziert, Eigenkapital war keines nötig. Da die Darlehenszinsen – im Gegensatz zum im Deutschland üblichen Hypothekenvertrag – variabel und damit anfangs sehr niedrig waren, kauften auch viele, die es sich eigentlich nicht leisten konnten. Als die Häuserpreise nicht mehr weiter kletterten und die Zinsen stiegen, konnten dann viele ihre Hypotheken nicht mehr zahlen, die Immobilienblase platzte.

Das war zunächst eigentlich ein rein US-amerikanisches Problem. Aber weil die faulen Kredite durch so genannte Verbriefungen weltweit weiterverkauft worden waren, weitete sich

die Krise schnell auf nahezu alle Staaten aus: Banken mussten hohe Summen abschreiben – der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die Gesamtsumme auf rund 12 Billionen Dollar, eine Zahl mit zwölf Nullen. In der Folge gerieten viele Finanzinstitute an den Rand des Zusammenbruchs, einige mussten Insolvenz anmelden, andere wurden mit staatlichen Mitteln gerettet. Weil Banken sich untereinander nicht mehr vertrauten, kam der Kreditmarkt ins Stocken. Das wirkte sich auf die Investitionstätigkeit und die Produktion der Unternehmen aus, die wiederum ihre Kapazitäten durch Kurzarbeit und Entlassungen anpassen mussten.

Auf die Finanzkrise folgte die Wirtschaftskrise.

Nach Statistiken von Eurostat ging die Industrieproduktion in der Eurozone im Frühjahr 2008 bis zum Frühjahr 2009 um mehr als 20 % zurück. Der Rückgang der Industrieproduktion ist damit um ein mehrfaches stärker als im ersten Jahr der Weltwirtschaftskrise 1930 in Deutschland und den USA. Die deutsche Wirtschaft wird 2009 voraussichtlich um 5 % schrumpfen. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Ölkrise – der bisher schwersten Wirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg – ging die Wirtschaftskraft um weniger als ein % zurück.



Schnell erkannten Regierungen und Notenbanken weltweit, dass die Weltwirtschaft so nahe vor einem katastrophalen Kollaps stand wie noch nie seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Um dem entgegenzuwirken, senkten die Notenbanken weltweit ihre Leitzinsen auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr erreichtes Niveau, teilweise bis zum historischen Tiefstand. Gleichzeitig boten sie den Banken nahezu unbegrenzte Liquidität an, um die für die Wirtschaft lebenswichtige Kreditvergabe wieder in Gang zu setzen. In nahezu allen Staaten der Welt wurden umfangreiche Konjunkturprogramme und Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte aufgelegt. In Deutschland beläuft sich die Gesamtsumme des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und der beiden Konjunkturpakete auf 464 Milliarden €. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt 2009 hatte ein Volumen von etwas weniger als 300 Mrd. €.

Aktuell sieht es danach aus, als ob der beispiellose Konjunkturabsturz einen Boden gefunden hat: Erste, zarte Wachstumssignale sind sichtbar, auch wenn sie sich auf ein sehr niedriges Niveau beziehen. Ein Zahlenbeispiel: Das Brutto-Inlandsprodukt wird 2009 um etwa 5 % zurückgehen. Dafür erwartet die Bundesregierung für 2010 derzeit ein Wachstum von 1,2 %. Bei dieser Wachstumsrate dauert es mehr als vier Jahre, bis das alte Niveau von 2008 wieder erreicht wird.

Und: Wir wissen nicht, ob die Konjunktur tatsächlich schon Tritt gefasst hat. Auch in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gab es bereits 1931 – als das Schlimmste noch bevorstand – gute Wirtschaftszahlen, steigende Aktienkurse und Experten, die die Krise für beendet erklärten.

## 2. Mannheim ohne Schaden aus der Finanzkrise

Die Stadt Mannheim hat die Probleme der Finanzkrise hervorragend gemeistert. Hier waren die Risiken für die Stadt Mannheim besonders hoch. Denn durch den Teilverkauf von MVV-Energie-Aktien sowie der Steuermehreinnahmen verfügte die Stadt Mannheim zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Krise über erhebliche Geldanlagen. Trotz vieler verlockender Angebote mit traumhaften Renditeaussichten sind wir unserer konservativen und restriktiven Anlagepolitik treu geblieben. So haben wir uns auf klassische Anlageprodukte wie z. B. Geldanlagen im Fest- oder Terminbereich bei öffentlich rechtlichen Banken mit uneingeschränkter Haftung oder bei Banken, die der Einlagensicherung unterliegen, konzentriert.

Trotzdem konnte die Stadtkasse ertragreiche Verzinsungen in der Größenordnung von insgesamt 14 Mio. € in den Jahren 2008 und 2009 erzielen, die für die Deckung von Mehrausgaben dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung stehen.

Die Stadt blieb auch von Verlusten im Rahmen von US-Lease-Geschäften verschont. Im Unterschied zu vielen anderen Städten mussten die bei dem vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung im Jahr 2003 durchgeführten US-Lease-Geschäft beteiligten Banken nicht durch bonitätsstärkere Banken ausgetauscht werden. Dieser Austausch kostet in der Regel je nach Konstellation mehrstellige Millionenbeträge für die beteiligten Kommunen. Bei unserer Vertragsgestaltung wurde dieser Fall vermieden. Zudem wurde für Geldanlagen von Anfang an das klassische Produkt des Pfandbriefs mit einer AAA-Bonität gewählt, eine hochverzinsliche und mündelsichere Anlage, deren Sicherheitsstruktur mit denen staatlicher Emittenten vergleichbar ist. Zudem kümmert sich die Stadtkämmerei intensiv um das Risikomanagement und das Vertragscontrolling. Regelmäßig wird die Bonität der Finanzdienstleister durch die Stadtkasse geprüft. Durch diese Sicherungsmaßnahmen konnten Austauschkosten in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags für den städtischen Haushalt vermieden werden.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Stadt Mannheim durch ihre Geldanlagenpolitik und durch ihr aktives Cash-Management bei der Stadtkasse die Finanzkrise ohne Schaden überstanden hat.

### 3. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte

In den ersten drei Quartalen 2009 sind die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden laut Bundesfinanzministerium um insgesamt 6 % oder 22,3 Mrd. € gefallen. Nach dem Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung vom November 2009 werden die Steuereinnahmen im Gesamtjahr sogar um 6,6 % zurückgehen. Dabei wird der Bund mit 5,1 % weniger betroffen sein als die Länder, die mit einem Rückgang um 6,7 % rechnen müssen. Der stärkste Einbruch wird allerdings bei den Kommunen erwartet: Bei den Städten und Gemeinden werden die Steuereinnahmen um gleich 10 % sinken. Für Mannheim gingen die Steuereinnahmen von 2008 auf 2009 um rd. 8,5 % zurück.

Nach dem Jahresgutachten 2009 / 2010 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden die gesamtstaatlichen Ausgaben 2009 um 4,4 % zunehmen. Besonders hohe Steigerungen werden dabei bei den Subventionen (Erlass der

Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit) und den Sozialausgaben erwartet. Die Investitionen stiegen – insbesondere durch die Konjunkturpakete – um 7,1 %.

Im Ergebnis erwarten die Sachverständigen für 2009 einen negativen Finanzierungssaldo von über 72 Mrd. €, nachdem 2008 auf allen Ebenen des Staates insgesamt noch ein Finanzierungsüberschuss von einer Milliarde erzielt werden konnte.

#### 4. Mannheims Beiträge zur Krisenbewältigung

Die Bundesregierung fährt seit Beginn der Krise eine expansive Finanzpolitik, um durch steuerliche Entlastung der Bürger und erhöhte staatliche Investitionen die Konjunktur zu stimulieren. Das ist richtig, hier haben wir alle aus den Fehlern der Weltwirtschaftskrise gelernt. Denn damals hat der Staat die Zinsen erhöht und in Reaktion auf fallende Steuereinnahmen seine Ausgaben extrem reduziert. Die ökonomischen, insbesondere die sozialen und politischen Folgen wie Massenarbeitslosigkeit und politische Destabilisierung des Staatensystems sind bekannt.

Folgerichtig hat die Bundesregierung 2009 zahlreiche Gesetze zur Stützung der Konjunktur beschlossen, die allerdings nicht nur Auswirkungen auf Steuereinnahmen beim Bund, sondern auch bei Ländern und Kommunen haben. Dazu gehören z.B. die beiden so genannten Konjunkturpakete, durch die den Städten und Gemeinden allein 2009 voraussichtlich mehr als 1,4 Mrd. Einnahmen entgehen werden. 2010 wird diese Summe dann auf knapp 2,5 Mrd. Einnahmeverluste ansteigen. Ein anderes Beispiel: Die Entfernungspauschale und die Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen bei der Einkommensteuer belasten die Städte und Gemeinden 2009 mit rund 1,1 Mrd. €, 2010 steigt dieser Betrag auf fast zwei Milliarden. Insgesamt kommen laut Deutschem Städtetag 2009 alleine aus Gesetzen, die bis Ende April beschlossen wurden, Einnahmeausfälle von über 2,7 Mrd. € auf die Kommunen zu. 2010 werden sich diese Mindereinnahmen dann auf mehr als 4,7 Mrd. summieren.

In der aktuellen Situation wird vielfach übersehen, dass die Städte und Gemeinden durch die Finanzierung von eigenen Konjunkturprogrammen und der Co-Finanzierung der Konjunkturprogramme von Bund und Länder ganz erheblich zur Bewältigung der Krise beigetragen haben. Darüber hinaus finanzieren die Kommunen die beschlossenen Steuerentlastungen des Bundes mit. Die Steuerentlastungen führen zu weiteren Mindereinnahmen.

Hinzu kommt, dass die Stadt nach wie vor solidarisch den Aufbau Ost mitfinanziert und erst durch ihre solide Finanz- und Haushaltspolitik in den Jahren 2006 bis 2009 die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Krisenbewältigung geschaffen hat.

Diese Aussage lässt sich am Mannheimer Haushalt bestens belegen:

#### 4.1 Vorteile aus den Konjunkturprogrammen

Ich will nicht verschweigen, dass Mannheim aus den Konjunkturmaßnahmen von Bund und Land Vorteile hat: Die uns aus dem Konjunkturpaket II angebotenen 17 Mio. € Bundes- und Landeszuwendungen haben wir voll ausgeschöpft. Damit können wir dank unseres 25-prozentigen Eigenanteils von 5,7 Mio. € 2009 und 2010 insgesamt 22,7 Mio. € in die Förderbereiche Bildung und Infrastruktur investieren. Unseren Eigenanteil am Konjunkturpaket II haben wir übrigens aus Mitteln des Jahres 2008 finanziert, die nicht wie zuvor geplant ausgegeben wurden.

Um den Konjunkturimpuls möglichst schnell weiterzugeben und so Arbeitsplätze in unserer Stadt und der Metropolregion zu sichern, haben wir zur Koordination der Maßnahmen eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Finanz- und Bauverwaltung eingerichtet. Außerdem wurde eine neue Vergabeordnung verabschiedet und eine neue, zentrale Firmen- und Auftragsdatenbank erstellt. Im Ergebnis sind aktuell bereits 8 von 64 Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket abgeschlossen, weitere 30 Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. Auf diese Weise sind bisher 7 Mio. € an die Auftragnehmer geflossen. Wir sind optimistisch, dass alle Maßnahmen wie geplant bis Ende 2010 erfolgreich umgesetzt werden können.

#### 4.2 Die Stadt finanziert Steuerentlastungen bei Bürgern und Unternehmen mit

Die Gesetze zur Krisenbewältigung wie z. B. die Konjunkturpakete I und II führen in 2009 zu Mindereinnahmen von 19,7 Mio. € und in 2010 von 19,4 Mio. €, insgesamt nahezu 40 Mio. €

## Aktuelle Einnahmeausfälle durch Bundesgesetze

in Mio. €

	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Konjunkturpaket I	3,7	9,1
Konjunkturpaket II	5,6	5,0
Kürzung Investitionszuschale	0,7	0,0
Familienleistungsgesetz	2,4	2,4
Entfernungszuschale	7,3	2,9
<b>Summe</b>	<b>19,7</b>	<b>19,4</b>
<b><u>Wachstumsbeschleunigungsgesetz *</u></b>	<b><u>6,5</u></b>	<b><u>9,7</u></b>
<b>Gesamt</b>	<b>26,2</b>	<b>29,1</b>

\*nicht im Entwurf enthalten

Darin sind die zu erwartenden Einnahmeverluste aus dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch gar nicht enthalten: Der Städtetag Baden-Württemberg schätzt diese für 2010 auf 218 Mio. € und für 2011 auf 322 Mio. €. Unser Beitrag für die Wachstumsbeschleunigung summiert sich damit auf etwa 6,5 Mio. € im nächsten Jahr und auf 9,7 Mio. € im übernächsten.

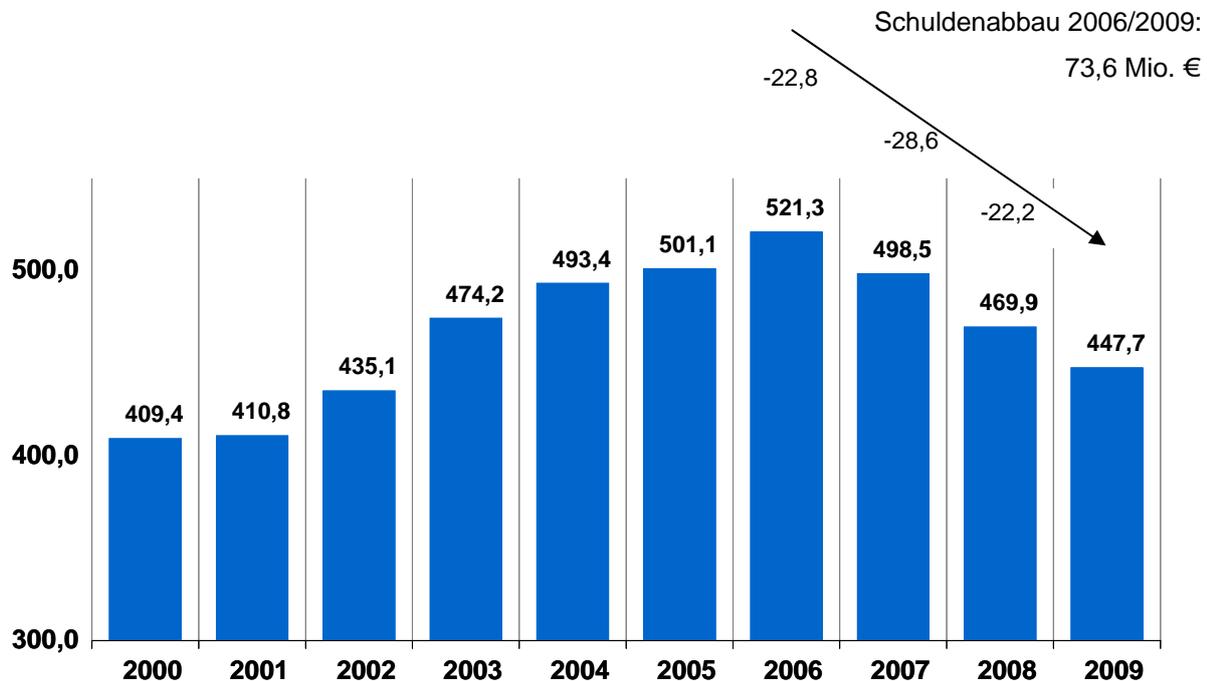
## Antwort auf die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen

1. Vorsorge getroffen - solide kommunale Finanz- und Haushaltspolitik in den Jahren 2006 bis 2009

Im Unterschied zu vielen anderen Kommunen trifft die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die Stadt Mannheim gut vorbereitet. Denn in den Jahren 2006 bis 2008 haben wir die Einnahmeverbesserungen, Anteilsverkäufe und sprudelnden Gewerbesteuererinnahmen genutzt, um unseren Haushalt zu konsolidieren.

## Schuldenstand (Kämmerei)

in Mio. €



So ist es erstmalig seit vielen Jahren wieder gelungen, Altschulden in Höhe von 73,6 Mio. € zurückzuzahlen. Dies bedeutet eine Reduzierung der Zins- und Tilgungslasten um rund 6 Mio. €. Daneben haben wir in die städtische Infrastruktur 258 Mio. € investiert, um so zukünftige Schulden durch unterlassene Instandhaltung und Sanierungen zu reduzieren.

Sobald sich die ersten Anzeichen von Steuermindereinnahmen abzeichneten, haben wir mit einem restriktiven Haushaltsvollzug dagegen gesteuert. Zusätzlich haben wir die zum Jahresende voraussichtlich anfallenden Haushaltsreste einer intensiven Prüfung unterzogen. Dadurch werden wir voraussichtlich ein positives Ergebnis von 25 Mio. € erzielen, das der Rücklage zugeführt und im Jahre 2011 zur Deckung der Investitionen eingesetzt wird.

Gleichzeitig konnten wir unser stadteigenes Investitionsprogramm, sowie die Auswirkungen der Konjunkturprogramme des Bundes in 2009 trotz des erheblichen Steuereintruchs noch vollumfänglich ohne neue Schulden finanzieren.

Viele andere Kommunen waren bereits in 2009 gezwungen, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Dabei haben die Aufsichtsbehörden massive Auflagen verhängt. Damit haben viele Gemeinden ihre finanzpolitische Steuerungsfähigkeit bereits zu diesem

Zeitpunkt verloren. Es war deshalb richtig, dass wir uns gegen einen Nachtragshaushalt noch im Jahr 2009 entschieden haben und über die oben genannten Maßnahmen einen Fehlbetrag im Jahr 2009 vermeiden konnten. Damit wurde die Gestaltungsmöglichkeit der Verwaltung aber insbesondere des Gemeinderates für den neuen Haushalt 2010 / 2011 erhalten. Dieser Verantwortung müssen wir nun gerecht werden.

## 2. Einsparungen mit dem Haushaltsstrukturprogramm 2013

Im Unterschied zu bisherigen linearen Haushaltskürzungen hat die Verwaltung Ihnen ein Haushaltsstrukturprogramm 2013 vorgelegt, das ein Gesamtvolumen von 38,5 Mio. € in den nächsten vier Jahren aufweist und ab dem Jahr 2013 nachhaltig den Verwaltungshaushalt um 22 Mio. € entlasten soll. Ziel ist es, den Haushaltsausgleich zukünftig wieder aus dem Verwaltungshaushalt ohne Rückgriff auf Einnahmen des Vermögenshaushalts erreichen zu können. Das Haushaltsstrukturprogramm 2013 umfasst Verbesserungen, sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Die unter Vorgaben der Stadtspitze von den Dezernaten entwickelten Vorschläge sind aus den jeweiligen Fachbereichen und Amtsleitungen vor dem Hintergrund der strategischen Ziele der Stadt entwickelt. Bereits in den Haushalten 2010 / 2011 sind Teilbeträge von 1,9 und 5,1 Mio. veranschlagt. Die Einsparwirkung soll bis 2013 auf 22 Mio. gesteigert werden. Das Programm ist ein untrennbarer Bestandteil der künftigen Haushalts- und Finanzplanung. Deshalb soll durch ein parallel stattfindendes Controlling die haushaltsentlastende Wirkung des Programms sichergestellt werden. Ferner soll erkennbaren Zielabweichungen möglichst frühzeitig entgegen gewirkt werden. Die Verwaltung wird fortlaufend im Haushaltsvortrag über die Umsetzung des Programms berichten. Die Inhalte des Haushaltsstrukturprogramms geordnet nach den Konsolidierungsvorschlägen der Dezernate liegt Ihnen als Beschlussvorlage in der Gemeinderatssitzung am 22. Dezember 2009 und zur Beschlussfassung in den Haushaltsberatungen vom 1. bis 3. März 2010 vor.

## 3. Einsatz städtischen Vermögens

Ein weiterer Beitrag zum Haushaltsausgleich ist der gezielte Verkauf von Grundvermögen. Dabei soll im Doppelhaushalt 2010 / 2011 ein Erlös von 37 Mio. € erzielt werden. Ziel ist es, Grundstücke zu verkaufen bzw. bebaute Grundstücke umzunutzen, um innerstädtische Flächen mit hohem Wert für die Neuansiedlung von Wohnbevölkerung zu gewinnen.

Im Rahmen der Vermögensverwendung hat sich die Stadtspitze entschlossen, den Barwertvorteil von 21 Mio. € aus dem US-Lease des Eigenbetriebs Stadtentwässerung zur

Haushaltskonsolidierung einzusetzen. Im bisherigen Verlauf hat sich das US-Lease-Geschäft als stabil erwiesen. Der Investor ist von der Attraktivität des Geschäftsmodells überzeugt und eine vorzeitige Beendigung wird nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Unsere Einschätzung wird von einer von uns beauftragten renommierten und auf US-Lease-Geschäfts spezialisierten Beratungskanzlei geteilt.

Eine besondere Form der Vermögensverwertung ist die Ausschüttung von Erträgen aus städtischen Beteiligungsunternehmen. Im Unterschied zum vollständigen Verkauf oder Teilverkauf des städtischen Beteiligungsvermögens, das dann dauerhaft der Steuermöglichkeit, aber auch der Einnahmeerzielung entzogen ist, hat sich die Verwaltung entschieden, Ausschüttungen von städtischen Unternehmen als Deckungsvorschlag im Verwaltungshaushalt einzusetzen. Möglichkeiten werden hier bei der MVV GmbH in einer Größenordnung von je 1 Mio. € in 2010 und 2011 gesehen.

Die Grundlagen für diese Ausschüttungen wurden durch die Übernahme der Geschäftsführung der MVV GmbH durch die Stadt geschaffen. Die neue Geschäftsführung konnte durch die Neustrukturierung der MVV GmbH die Kostenstruktur nachhaltig verbessern. Dies führt auch bei der Stadt zu weiteren Einnahmeverbesserungen in Höhe von mind. 2 Mio. €

Ferner wird die GBG mit einer Ausschüttung von 1,5 Mio. € pro Jahr einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Dies entspricht einer Verzinsung des städtischen Eigenkapitals von weniger als 2 %.

Auch die städtische Parkhausgesellschaft MPB wird in Form einer marktüblichen Pachterhöhung zusätzliche 400.000 € pro Jahr an die Stadt leisten.

#### 4. Einnahmeverbesserungen

Das Gemeindefinanzrecht sieht vor, dass bei nicht ausgeglichenen Haushalten auch alle Einnahmeverbesserungsmöglichkeiten der Gemeinden ausgeschöpft werden.

##### Grundsteuererhöhung

Als Einnahmeverbesserung schlagen wir eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 400 auf 450 Punkte vor. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir mit einem Hebesatz von 450 Punkten noch unter dem durchschnittlichen Hebesatz von 465 der Großstädte zwischen

200.000 bis 500.000 Einwohnern liegen. Im nationalen Vergleich der 20 deutschen Großstädte (> 300.000 Einwohner) haben die Mannheimer Bürgerinnen und Bürger mit die geringste Belastung. Selbst in Baden-Württemberg werden wir mit einem Hebesatz von 450 Punkten nicht Spitzenreiter. Freiburg hat einen Hebesatz von 600 Punkten, Tübingen von 475 und Heidelberg von 470 Punkten, in Stuttgart wurde aktuell eine Hebesatzerhöhung von 400 auf 520 Punkten beschlossen. Insgesamt bringt die Grundsteuererhöhung rund 6,6 Mio. € pro Jahr und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Haushaltssituation. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies konkret z. B. für ein Einfamilienreihenhaus (Baujahr 1982) und eine Mietwohnung (Baujahr 1996) eine Mehrbelastung von rd. 4 € im Monat.

### Keine Zweitwohnungssteuer

Auch die Einführung einer Zweitwohnungssteuer haben wir intensiv geprüft. Eine Zweitwohnungssteuer wirkt wie eine zusätzliche Miete für die Betroffenen. Eine erste Aufkommensschätzung hat gezeigt, dass beim Steuersatz von 10 % und einer durchschnittlichen Kaltmiete von 250 € mit einem Aufkommen von 450.000 € pro Jahr zu rechnen ist. Dem gegenüber stehen Aufwendungen durch Personal- und Sachausgaben bei der Verwaltung in Höhe von jährlich 400.000 € und einmalig 100.000 €. Die möglichen positiven Effekte beim Finanzausgleich lassen sich nur sehr schwer abschätzen. Der Aufwand zur Feststellung der Steuerpflichtigen ist sehr groß. Für die gesamte Einführungsphase, Feststellung der Steuerpflichtigen und Abarbeiten der aufgelaufenen Widersprüche, gegebenenfalls Klagen, sind schätzungsweise 2-3 Jahre notwendig. Auch kommt es bei der Ermittlung der Steuerpflichtigen zwangsläufig zu einer Bereinigung der Meldedatei, bei der ein Großteil der Nebenwohnsitze wegfällt. Deshalb sehen wir von der Einführung einer Zweitwohnungssteuer ab.

Stattdessen setzt die Stadt die erfolgreiche Strategie der freiwilligen Gewinnung von Einwohnern fort. So ist es allein durch die Einführung des Bonussystems für Studentinnen und Studenten, die ihren Hauptwohnsitz in Mannheim anmelden, zu 1800 Neuanmeldungen in Mannheim gekommen. Vor Einführung des entgeltfreien Semestertickets haben sich nach Schätzung der Verwaltung nur ca. 300 der angesprochenen Personen jährlich mit Hauptwohnsitz in Mannheim gemeldet.

Die Strategie der freiwilligen Einwohnergewinnung korrespondiert mit den strategischen Zielen "Talente gewinnen, entwickeln und halten", sowie mit der Stärkung der Kreativwirtschaft. Darüber hinaus gibt es aufgrund unserer Lage in der MRN attraktive

Ausweichmöglichkeiten insbesondere für Studenten, die in Mannheim studieren, aber zur Vermeidung der Zweitwohnungssteuer in den Nachbargemeinden wohnen.

Unsere langjährigen Bemühungen, dass auch Insassen der JVA zukünftig als Mannheimer "Einwohner" im Finanzausgleich gewertet werden, waren erfolgreich.

### Gewerbesteuer

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation halten wir es für nicht vertretbar, die Unternehmen mit einer Steuererhöhung zu belasten. Eine Steuererhöhung würde die jetzt aufkeimende Konjunktur wieder dämpfen. Daher sieht der Haushalt in den Jahren 2010 / 2011 keine Erhöhung der Gewerbesteuer vor.

Ob wir auch mittelfristig ohne eine Gewerbesteuererhöhung zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen, hängt ganz wesentlich von der wirtschaftlichen Dynamik und den Gewerbesteuerzahlungen der Unternehmen in den Jahren 2010 und 2011 ab. Die endgültige Entscheidung über eine solche Maßnahme wird zum Haushalt 2012 getroffen.

Eine weitere Möglichkeit auf eine Steuererhöhung zu verzichten, könnte sich im Laufe des Jahres 2010 ergeben, wenn es zu einer Absenkung der Gewerbesteuerumlage kommt.

### Senkung der Gewerbesteuerumlage

Die Kommunen setzen darauf, dass es bei der Revision der Gewerbesteuerumlage zu einer Absenkung für die Kommunen kommt. Diese Einnahmeverbesserung ist bisher im Haushalt nicht enthalten. Dennoch erscheint es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass von den Gewerbesteuereinnahmen in Mannheim circa. 18 % als sogenannte Gewerbesteuerumlage von Mannheim an den Bund und das Land abgeführt werden müssen. Diese Gewerbesteuerumlage, ursprünglich ein finanzpolitischer Preis für die Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Einkommensteuer, wurde seit Anfang der 90er Jahre systematisch erhöht. Die Erhöhungen wurden begründet mit der Verpflichtung der Städte und Gemeinden der alten Länder, sich an den Kosten der Deutschen Einheit zu beteiligen. So hat die Stadt Mannheim z. B. seit 1990 fast 660 Mio. € ihrer vereinnahmten Gewerbesteuer an Bund und Land abgeführt. Ohne die Gewerbesteuerumlage wäre die Stadt Mannheim heute schuldenfrei. Die kommunalen Spitzenverbände streben deshalb an, dass es zu einer schrittweisen Absenkung der Umlage ab 2010 kommt.

## 5. Verschuldung

Die Stadt Mannheim hat bereits im Jahr 2008 noch vor Bund und Land eine eigene „Schuldenbremse“ beschlossen. Das in der Hauptsatzung verankerte Neuverschuldungsverbot sieht vor, dass die Stadt grundsätzlich keine weiteren neuen Schulden aufnimmt.

Davon kann nur abgewichen werden, wenn der Gemeinderat eine extreme Haushaltslage feststellt.

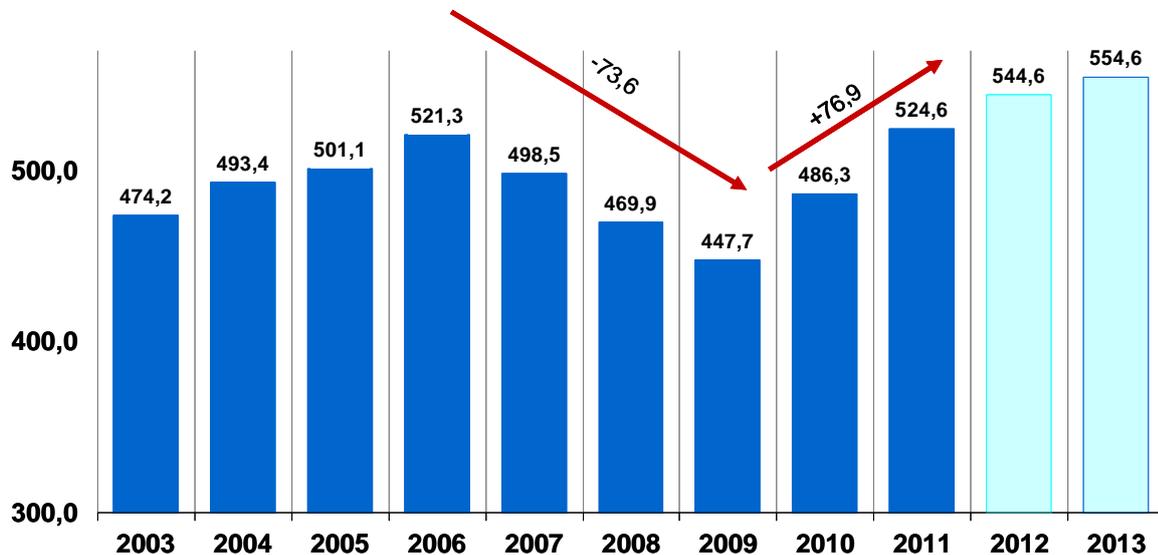
Eine extreme Haushaltslage liegt vor, wenn gegenüber dem Schnitt der letzten vier Haushaltsjahre per Saldo erhebliche (im Sinne von § 82 Abs.2 Nr. 1 GemO) nicht durch die Stadt Mannheim steuerbare Einnahmerückgänge und Ausgabesteigerungen bestehen, die nicht durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden können.

Die Voraussetzungen zur Feststellung einer extremen Haushaltsnotlage im Sinne unseres Neuverschuldungsverbots liegen vor.

Im Ergebnis sieht der Haushalt in 2010 eine Neuverschuldung von 38,6 Mio. € und in 2011 von 38,3 Mio. € vor. Diese Neuverschuldung soll sich absenken in 2012 auf 20 Mio. € und in 2013 nur 10 Mio. € betragen. Die Zahlen machen die Dramatik deutlich. Während es uns von 2006 bis 2009 erstmalig gelungen ist, 73,6 Mio. € Altschulden abzubauen, wird dieser Abbau allein durch die Verschuldung in den Jahren 2010 / 2011 wieder zunichte gemacht. Es ist für alle, die sich um die Zukunftsfähigkeit der Stadt bemühen, ein enttäuschendes Ergebnis. Umso wichtiger wird es sein, nach den vier Jahren wieder zu einer Nullverschuldung ab dem Jahre 2014 zu kommen. Mehr noch sollten wir darüber nachdenken, inwieweit wir wieder ab 2014 in einen Abbau der Verschuldung einsteigen.

## Schuldenstand Kämmerei

in Mio. €



Der Schuldenanstieg führt natürlich auch dazu, dass wir pro Jahr einen zusätzlichen Zinsaufwand haben. Über den Finanzplanungszeitraum von 2010 bis 2013 beträgt dies allein fast 11 Mio. €. Dabei ist unterstellt, dass es bei weiterhin moderaten Zinsen bleibt. Mit dem Ende der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken muss allerdings während des Finanzplanungszeitraums gerechnet werden. Eine Zinserhöhung von z. B. 1 % würde für das städtische Kreditportfolio bzgl. der Neuverschuldung eine Zinssteigerung von 2 Mio. € pro Jahr bedeuten.

### Altschuldenabbau in Höhe von 50 Mio. € wird fortgesetzt

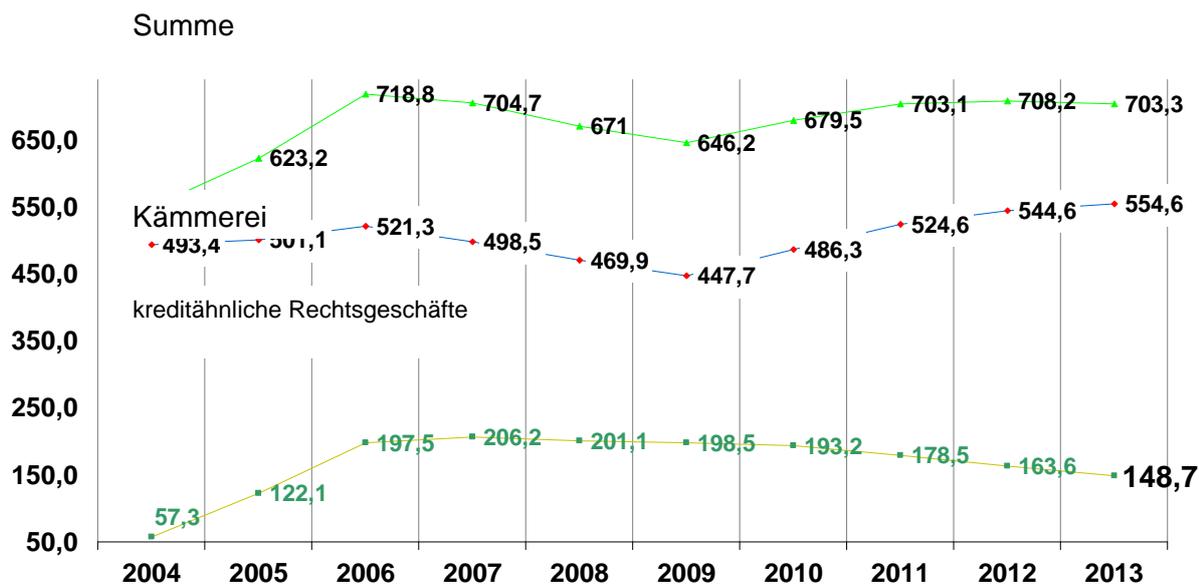
Erfreulich in diesem Zusammenhang ist allerdings, dass wir unsere Verschuldung bei den sogenannten kreditähnlichen Rechtsgeschäften wie z. B. Finanzierung SAP-Arena, Umschuldung Sparkasse, etc. von 198 Mio. € in 2009 auf 148,7 Mio. € in 2013 planmäßig absenken. Dies bedeutet, dass wir in dem gesamten 4-Jahres-Zeitraum rund 50 Mio. € Altschulden abbauen. Unser Ziel ist es, diese außerhalb des Kernhaushaltes geführten kreditähnlichen Rechtsgeschäfte kontinuierlich zurückzuführen.

In Mio. €

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Übernahme der ZVK</b>								
<b>durch den KVBW</b>	5	4,3	3,6	2,8	2,1	1,4	0,7	0
<b>Werthaltigkeitsgarantie</b>								
<b>Stadtsparkasse</b>	76,7	76,7	70,3	63,9	57,5	51,1	44,7	38,3
<b>Refinanzierungsdarlehen des</b>								
<b>Deutschen Sparkassen- und</b>	51,1	51,1	46,0	40,9	35,8	30,7	25,6	20,5
<b>Giroverbandes</b>								
<b>SAP Arena</b>	63,9	62,5	61,0	59,5	57,9	56,3	54,6	52,9
<b>PPP Schulen</b>	0,80	11,6	20,2	31,4	39,9	39,0	38,0	37,0
<b>Summe</b>	<b>197,5</b>	<b>206,2</b>	<b>201,1</b>	<b>198,5</b>	<b>193,2</b>	<b>178,5</b>	<b>163,6</b>	<b>148,7</b>

Schuldenstand (Kämmerei und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)

in Mio. €



### Im Ergebnis nur Neuverschuldung in Höhe von 57,1 Mio. € bis 2013

Betrachtet man den Gesamtschuldenstand (Kämmerei und kreditähnliche Rechtsgeschäfte), erhöht sich die Verschuldung der Stadt um 57,1 Mio. € bis zum Jahr 2013. Nach dieser Planung liegen wir bei den Schulden am Ende des Jahres 2013 mit 703,3 Mio. € noch unter dem Höchstwert vor der Finanz- und Wirtschaftskrise von 718,8 Mio. €.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in den nächsten Jahren das Ziel der Nullverschuldung nicht aufgeben dürfen. Aktuell würde das allerdings bedeuten, dass wir einen rigorosen Sparkurs fahren müssten und vor allem keine Investitionen in den nächsten Jahren durchführen könnten.

Ich halte dies angesichts auch unserer Verantwortung für eine wirtschaftsstimulierende Konjunkturpolitik für falsch. Zudem würde es dazu führen, dass die sogenannte verdeckte Verschuldung durch unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen weiter zunehmen wird und deren Beseitigung noch größere Investitionen in der Zukunft verlangen wird als aktuell.

Auf der anderen Seite kann unsere Lösung nicht darin bestehen, einen überdimensionalen Schuldenberg wieder aufzuhäufen, denn letztendlich müssen die Schulden mit Zins und Zinseszins getilgt werden. Deshalb empfehle ich dem Gemeinderat die Grenzen des Haushaltsrechts hier nicht auszutesten. Wir brauchen einen im gemeinsamen Interesse genehmigungsfähigen Haushalt. Wir müssen deshalb vermeiden, dass der Regierungspräsident Sparauflagen verhängt, wie dies in vielen anderen Gemeinden bereits der Fall ist, oder wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, wo ein Staatskommissar eingesetzt wird, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Damit würden die Handlungsfreiheit und die Gestaltungsmöglichkeit des Gemeinderates gegen Null gehen. Das kann nicht im Interesse der Verwaltung, des Gemeinderates, und vor allem der Bürgerschaft sein. Wir haben deshalb keine Alternative und müssen die vorgeschlagene Verschuldungsobergrenzen sowie die Konsolidierungsmaßnahmen so umsetzen.

## 6. Weitere Haushaltsrisiken

Ob die oben beschriebenen Haushaltskonsolidierungsbemühungen ausreichen, lässt sich zurzeit noch nicht abschließend beurteilen.

Zum Einen sind alle aktuellen Steuerschätzungen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. So lässt sich derzeit nicht abschätzen, inwieweit sich die Orientierungsdaten des Landes zur Berechnung des Finanzausgleichs (z. B. Anteile an der Einkommenssteuer, Umsatzsteuer und Zuweisungen) für die nächsten Jahre bewahrheiten. Danach könnten sich im schlechtesten Fall für 2012 und 2013 Einnahmeausfälle in der Größenordnung von 43 bis 45 Mio. € zusätzlich ergeben. Ob sich diese Einnahmeausfälle tatsächlich in dieser Größenordnung bewegen, hängt von verschiedenen wirtschaftlichen Indikatoren und den Steuereinnahmen im Land insgesamt ab. Eine verlässlichere Grundlage hierfür, ob dieses Szenario eintritt, kann unseres Erachtens frühestens mit der Steuerschätzung im Mai 2010 erfolgen. Falls sich dann diese sehr negativen Orientierungsempfehlungen für den Finanzausgleich bestätigen sollten, müsste unterjährig eine entsprechende Nachsteuerung des Haushaltes erfolgen.

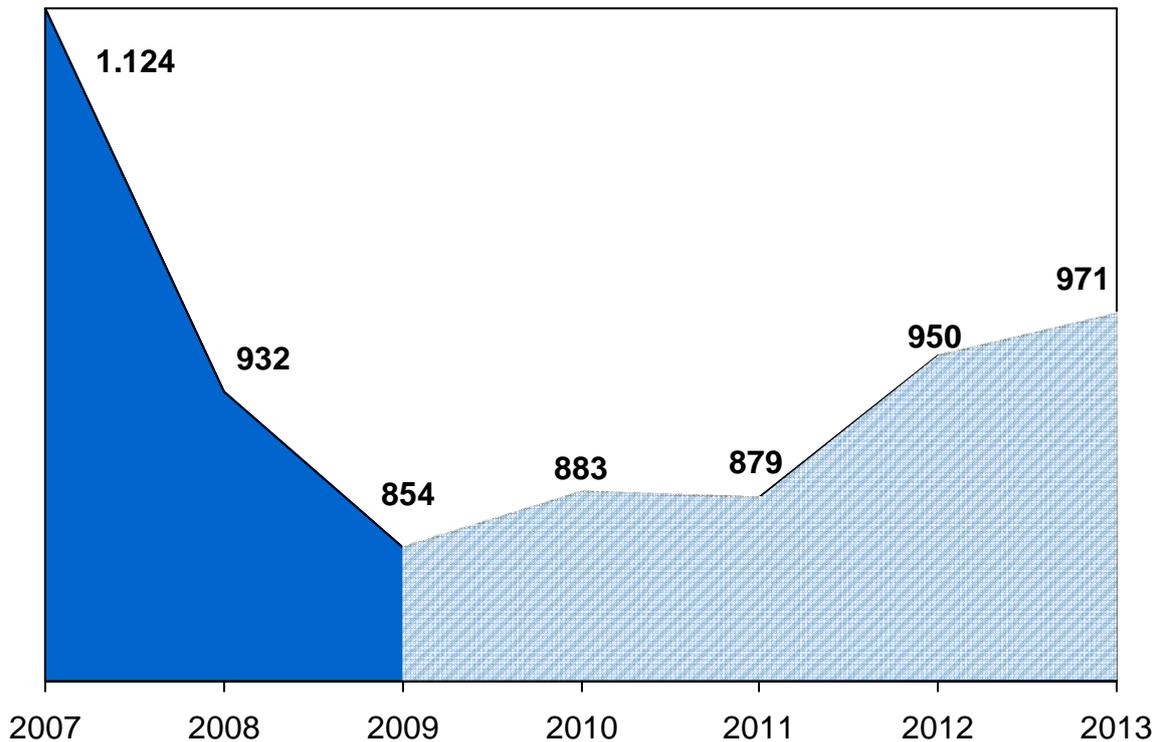
Zum Anderen könnten sich aus dem von der Bundesregierung verabschiedeten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das erst nach Drucklegung des Haushaltes am Freitag, 18. Dezember 2009 im Bundesrat verabschiedet wurde, negative Auswirkungen für den Haushalt in 2010 / 2011 von ca. 16 Mio. € und in der Finanzplanung von ca. 11 Mio. € in 2012 und von ca. 10 Mio. € in 2013 ergeben. Aus den Medien war zu entnehmen, dass Einzelheiten in der Schlussberatung vom Bundesrat noch geändert worden sind. Sobald hierzu belastbare Zahlen vorliegen, werden wir darüber informieren.

## **Eckpunkte des Haushaltes**

Mit den Eckpunkten des Haushaltes werden die größten Einnahme- und Ausgabenblöcke erläutert.

### **1. Die Entwicklung der Einnahmen**

Nach dem Spitzenjahr 2007 mit Einnahmen von 1.124 Mio. € und dem für 2009 prognostizierten Rückgang um 24 % auf 854 Mio. € gehen wir von einer kontinuierlichen Erholung der Einnahmen bis zum Jahr 2013 auf 971 Mio. € aus.



Die Einnahmeschätzung der Finanzplanung 2010 – 2012 beruhte auf der Steuerschätzung vom Mai 2008 – also bevor die Wirtschaftskrise über uns hereinbrach. Der Ihnen vorliegende Entwurf für 2010 – 2013 spiegelt den Stand der Steuerschätzung Mai und November 2009 als Ausgangsbasis wieder, die schon die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise beinhalten: Auf dieser Basis ist mit Einnahmerückgängen bei den Steuern und Zuweisungen von 53 Mio. € in 2010, von 63 Mio. € in 2011, von 42,7 Mio. € in 2012 und von 26,2 Mio. € in 2013 zu rechnen. Eine detailliertere Darstellung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

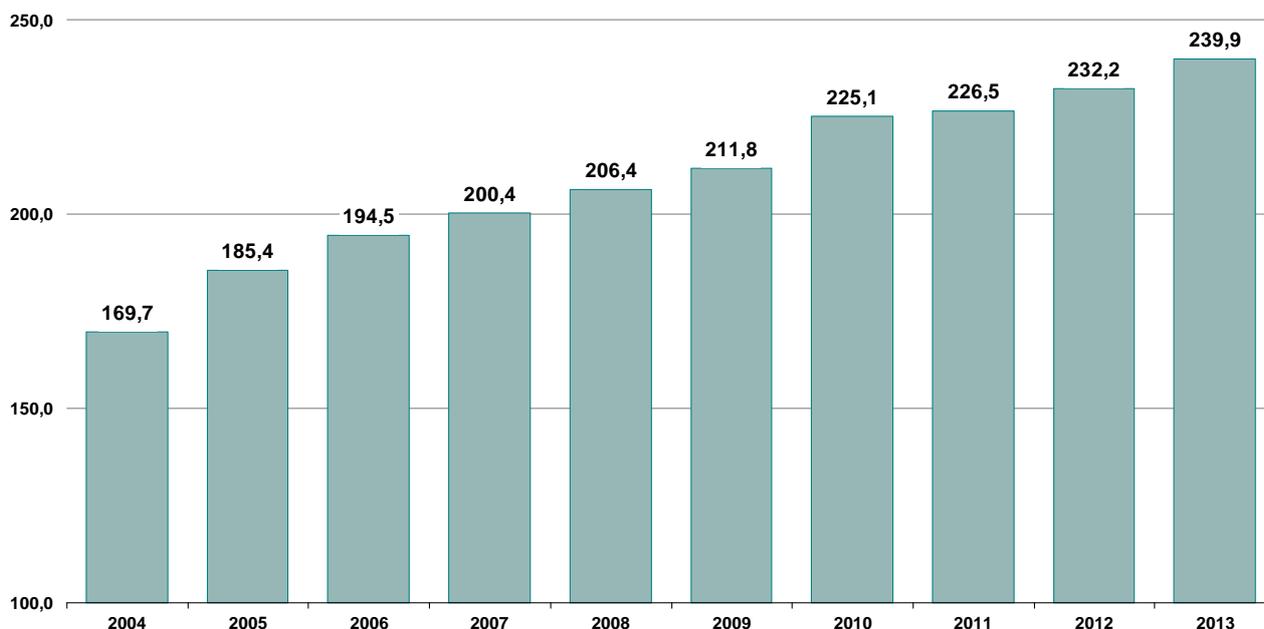
<b>Einnahmen</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Einkommenssteuer	-25,2	-23,1	-20,3	-13,2
Umsatzsteuer	-0,8	-1,5	-2,2	-2,2
Mangelnde Steuerkraft	-3,2	-16,1	-6,8	-8,1
Schlüsselzuweisungen	-1,6	-3,1	-1,4	-1,4
Gewerbesteuer	-22,2	-19,2	-12,0	-1,3
<b>Summe</b>	<b>-53,0</b>	<b>-63,0</b>	<b>-42,7</b>	<b>-26,2</b>

## 2. Ausgaben

### 2.1 Soziale Leistungen

in Mio. €

Sozial- und Jugendhilfe (einschl. SGB II und KVJS-Umlage)



Zu den sozialen Ausgaben, die in erheblichem Umfang auf Leistungsgesetzen basieren, ist anzumerken, dass sie sich jährlich und kontinuierlich erhöhen. Auffallend ist, dass die sozialen Leistungen von 2009 auf 2010 um weitere 13,3 Mio. € ansteigen. Dies entspricht einer Steigerung um 6,3 %. Die wesentlichen Ursachen hierfür ergeben sich überwiegend aus den folgenden Positionen:

#### Kosten der Unterkunft

Einer der größten Ausgaben im Sozialbereich stellen die Kosten der Unterkunft dar. Im Jahr 2009 wird sich das Rechnungsergebnis auf rund 63 Mio. € belaufen. Aufgrund der andauernden Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt rechnet die Stadt im Jahr 2010 mit einer Steigerung von rund 10 % im Vergleich zum Jahr 2009 (rund 6 Mio. €). Gleichzeitig reduziert sich aufgrund des Rückgangs der Bedarfsgemeinschaften zwischen Juli 2008 und Juni 2009 die Bundesbeteiligung (§ 46 Absatz 2 SGB II) von 29,4 % auf 27 %. Dies bedeutet eine weitere Belastung von rund 1,6 Mio. €. Somit muss der städtische Haushalt im Jahr 2010 eine Mehrbelastung im Bereich der Kosten der Unterkunft von 7,4 Mio. € tragen. Ab dem Jahr 2011 wird wieder mit einer steigenden Bundesbeteiligung und einem Rückgang der SGB II-Empfänger gerechnet.

## Eingliederungshilfe

Ein weiterer großer Ausgabenteil ist die Eingliederungshilfe für Behinderte mit einem Ansatz von 36,5 Mio. € in 2010. Hier wird mit einem jährlichen Anstieg von 4 % der Ausgaben gerechnet (2 % Fallzahlensteigerung, 2 % Sachkostensteigerung), so dass die Verwaltung im Jahr 2013 mit Ausgaben von rund 41 Mio. € rechnet.

Durch die Einrichtung eines Fachdienstes bei der Eingliederungshilfe wird versucht, die Steigerung der Ausgaben zu reduzieren und für eine bessere Betreuung der Betroffenen zu sorgen. Ziel des Fachdienstes ist es, die stationäre Behandlung so weit wie möglich zu Gunsten der ambulanten Hilfe hinauszuzögern, um die Teilhabe am öffentlichen Leben so lange wie möglich zu ermöglichen. Eine Prognose der überörtlichen Träger aus dem Jahr 2007 geht von einer Verdopplung der Ausgaben der Eingliederungshilfe in den nächsten 10 Jahren aus, wenn nichts dagegen unternommen wird. Aufgrund der Arbeit des Fachdienstes wurde in der Planung eine jährliche Steigerung von 4 % (Fallzahlenanstieg jährlich 2 % und eine Sachkostensteigerung von 2 %) berücksichtigt.

## Grundsicherung im Alter

Bei der Grundsicherung zeichnete sich in den letzten Jahren eine stetige Steigerung ab. Nach einem Rechnungsergebnis von 16,5 Mio. € in 2007 und 18,72 Mio. € in 2008, rechnet die Stadt im Jahr 2009 mit einem Ergebnis von 20,3 Mio. €. Diese Steigerung setzt sich in den nächsten Jahren fort, so dass 2010 mit Ausgaben von 21,4 Mio. € gerechnet werden muss, die sich voraussichtlich bis zum Jahr 2013 auf 24,75 Mio. € erhöhen. Diese stetige Steigerung beruht auf kontinuierlich steigenden Fallzahlen und Sachkostensteigerungen.

Allerdings ergibt sich aufgrund einer Neuregelung bei den Einnahmen eine Verbesserung für die Stadt. Anstelle eines Festbetrags von 409 Mio. € bundesweit beteiligt sich der Bund jetzt prozentual an den Nettoausgaben der Kosten der Grundsicherung. Im Jahr 2009 betrug die Beteiligung 13 %, 2010 14 % im Jahr 2011 15 % und ab dem Jahr 2012 16 %. Dies bedeutet für das Jahr 2009 Mehreinnahmen von rund 0,6 Mio. €. Dieser Betrag wird sich in den nächsten Jahren entsprechend des prozentualen Anstiegs der Bundesbeteiligung erhöhen.

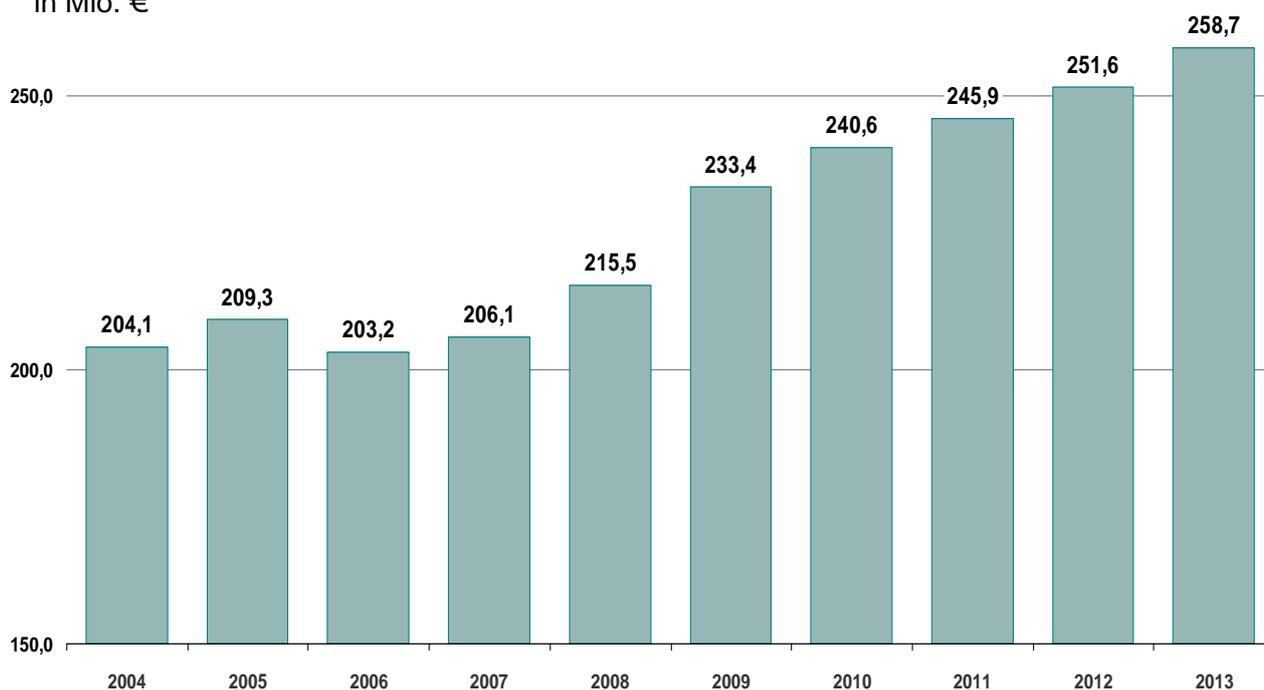
## Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und Hilfen für junge Volljährige

In den Jahren 2006 bis 2008 sind die Ausgaben der Erziehungshilfe im Durchschnitt um jährlich 7,3 % gestiegen. Entsprechend dieser Entwicklung ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen weiter steigen werden.

In den entsprechenden Ansätzen ist auch das Projekt „Frühe Hilfen“ enthalten, für das bisher 285.000 € pro Jahr an Budget vorgesehen war. Mit dem weiteren Ausbau der Eltern-Kind-Zentren von bisher 5 um jährlich 2 weitere Zentren ab 2010 werden auch die entsprechend benötigten Mittel bereitgestellt, so dass bis zum Haushaltsjahr 2013 insgesamt 11 Eltern-Kind-Zentren zur Verfügung stehen. Dieses Projekt hat vor allem zum Ziel, den bisherigen Entwicklungstrend der Erziehungshilfe zu stoppen oder sogar umzukehren, um langfristig die entsprechenden Fallzahlen zu reduzieren.

### 2.2 Personalausgaben

in Mio. €



Die Ausgangsbasis für die Personalausgabenansätze für die Jahre 2009 bis 2013 waren die im Jahr 2008 tatsächlich verausgabten Personalausgaben. Die gegenüber dem Jahr 2008 voraussichtlich eintretenden Veränderungen wurden hierbei berücksichtigt. An allgemeinen Besoldungs-/Tariferhöhungen haben wir folgende Steigerungsraten berücksichtigt:

	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
<b>Beamte</b> lineare Erhöhung (in 2009 und 2010 ab 1.3.)	3,0 %	1,2 %	1,0 %	1,0 %	1,0 %
<b>Beschäftigte</b> lineare Erhöhung	2,8 %	1,2 %	1,0 %	1,0 %	1,0 %

Jeder darüber liegende Tarifabschluss erhöht die Risiken im Haushaltsausgleich.

Als Einsparvorgabe wurden für die Fachbereiche/Ämter 3,5 Mio. € in 2010, 2,5 Mio. € in 2011 und 2 Mio. € in 2012 veranschlagt.

### 2.3. Ganztagsbetreuung und frühkindliche Erziehung

Schwerpunkte in diesem Haushalt sind Ausgaben in den Bereichen:

#### Betreuung

Um den vom Bund geforderten bedarfsgerechten Ausbau an Krippenangeboten bis zum Jahr 2013 (in Mannheim angestrebt: Versorgungsquote von 35 %) gerecht zu werden, müssen bis zu diesem Zeitpunkt noch rd. 1.480 zusätzliche Plätze in Kinderkrippen und in der Tagespflege geschaffen werden. In Absprache mit den freien Trägern wurde hierfür eine Bedarfsplanung erstellt, um entsprechend dem Bedarf und den Möglichkeiten in den einzelnen Stadtteilen die neuen Krippenplätze zu schaffen.

Im Investitionsbereich werden hierfür im Haushaltsjahr 2010 und 2011 je rd. 4,9 Mio. € und im Finanzplanzeitraum 2012/2013 je 6,9 Mio. € zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Sach- und Personalausgaben belaufen sich die Mittel auf rd. 3,8 Mio. € in 2010 und 6,3 Mio. € in

2011. Bei Erreichen der Ausbauquote von 35 % in 2014 erhöhen sich diese Kosten dann auf rd. 15,3 Mio. € je Jahr.

In neue Hortplätze an den Schulen wurde ebenfalls investiert: 400 neue Plätze wurden innerhalb der vergangenen beiden Jahre beim Fachbereich Bildung geschaffen. Allein zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 kamen noch einmal 25 neue Gruppen für 300 Kinder hinzu. Um die wachsende Zahl von Kindern zu betreuen, sind zusätzliches Personal und mehr Räume nötig. Im Schuljahr 2009/2010 werden circa 1,3 Millionen € in die Einstellung von neuem Personal einschließlich Verpflegungskosten und Sachmittelbedarf investiert; für den erhöhten Raumbedarf bewilligte der Gemeinderat 914.000 €

### Ganztagsschulausbau

Im Rahmen der Möglichkeiten soll nach und nach an Mannheimer Schulen ein Ganztagesbetrieb eingeführt werden. Hierzu sind erhebliche Investitionen notwendig. Im Doppelhaushalt 2010 / 2011 sind für die Vogelstangenschule insgesamt 5.630.300 € und für die Uhlandschule 8.185.000 € vorgesehen. Zusätzlich sind weitere 9,2 Mio. € bis 2013 für geplante Ganztagsschulen veranschlagt.

Die Kosten im Verwaltungshaushalt setzen sich überwiegend aus kommunalen Ergänzungsstunden für den Tagesablauf sowie einer Erhöhung der Verwaltungsstunden (Sekretariat) und der Schulsozialarbeiter zusammen. Für 13 auszubauende Grundschulen entsteht so ein zusätzliches Personalkostenbudget von rd. 2,9 Mio. € je Jahr.

### Orientierungsplan

Das Land Baden-Württemberg und die Kommunalen Landesverbände sind übereingekommen, in den Kindergärten den Personalschlüssel je Gruppe, beginnend ab dem 01.09.2010 in 2 Stufen bei Verlängerten Öffnungszeiten (0,2 Stellen) und in 3 Stufen bei allen anderen Formen (0,3 Stellen) zu erhöhen. Dieser Personalschlüssel wird auf gesetzlicher Grundlage für die Betriebserlaubnis verbindlich. Das Land stellt zur weiteren Qualifizierung des pädagogischen Personals ab dem 01.09.2010 insgesamt 10 Mio. € pro Jahr aus Landesmitteln zur Verfügung.

Der Finanzbedarf der Stadt Mannheim für die Personalaufstockung in städtischen Kindergärten und Einrichtungen der freien Träger beträgt daher:

2010: 597.000 €

2011: 2.416.000 €

2012: 3.970.000 €

2013: 4.630.000 €

### Sprachförderung

Bis zur letzten Planaufstellung 2008/2009 waren für Sprachfördermaßnahmen nur Komplementärmittel für das Programm der Landesstiftung „Sag mal was“ in Höhe von 92.000 € vorgesehen. Zusätzlich wurden Ausgaben für die Ausweitung der Sprachförderung in den Haushalt eingestellt, so dass insgesamt rd. 400.000 € veranschlagt wurden.

Für die Fortführung der Sprachförderung wurden im Planentwurf nun 835.000 € je Jahr berücksichtigt.

### Tagespflege

Nach einer gesetzlichen Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes ist die Stadt Mannheim verpflichtet, bei Tagespflegeverhältnissen die laufende Geldleistung an die Tagespflegeperson zu übernehmen. Die Geldleistung richtet sich nach den Empfehlungen der kommunalen Landesverbände. Die Kommunen können die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zu einem Kostenersatz heranziehen, wobei die im Rahmen des FAG vom Land erbrachte Zuschussleistung angerechnet werden muss.

Die Leistungen für Tagespflegepersonen für unter 3-Jährige wurden daher unter Berücksichtigung der Kostenbeiträge für die Tagespflege und der Förderung des Landes kostendeckend veranschlagt.

### 3. Zuführung

Die folgende Aufstellung zeigt die Zuführung bis 2013 und den Vergleich zu der bisherigen Finanzplanung.

Ohne Schenkungen / in Mio. €	2010	2011	2012	2013
Zuführung <u>VWH</u> an <u>VMH</u>	0	0	23,7	36,1
Zuführung VMH an VWH (umgekehrte Zuf.)	30,1	31,8	0	0
Zuführung <u>VWH</u> an <u>VMH</u> gemäß Fin.Pl. (alt)	24,9	46,9	59,0	59,0
Pflichtzuführung	29,6	30,8	32,1	32,2
Pflichtzuführung Über-/Unterschreitung	-59,7	-62,6	-8,4	3,9
Ersatzdeckungsmittel	87,0	83,5	13,2	10,0

In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 ist die Zuführung negativ, d.h. der Vermögenshaushalt muss Beträge von rd. 30 und 32 Mio. € an den Verwaltungshaushalt zuführen. Für den Haushalt bedeutet dies, dass lfd. Ausgaben mit Vermögensverzehr finanziert werden müssen. Eine derartige Situation ist auf Dauer nicht hinnehmbar, aber aufgrund der bekannten Einnahmeeinbrüche und Ausgabesteigerungen nicht vermeidbar.

Im Haushaltsjahr 2012 wird allerdings wieder mit einer Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von 23,7 Mio. € gerechnet. Im Haushaltsjahr 2013 geht man davon aus, dass die Zuführungsrate wieder über der Pflichtzuführung liegt.

In den Jahren 2010 bis 2012 stehen genügend Ersatzdeckungsmittel in Form von Veräußerungserlösen und Rücklagenentnahmen gegenüber, sodass der Haushaltsausgleich gem. § 22 GemO gewährleistet ist.

### 4. Rücklage

Die im Jahr 2007 angesammelte Rücklage wird bis zum Jahr 2012 wieder an dem Mindestbestand angekommen sein. An Entnahmen sind geplant 45,9 Mio. € in 2010, 53,5 Mio. € in 2011 und 3,2 Mio. € in 2012.

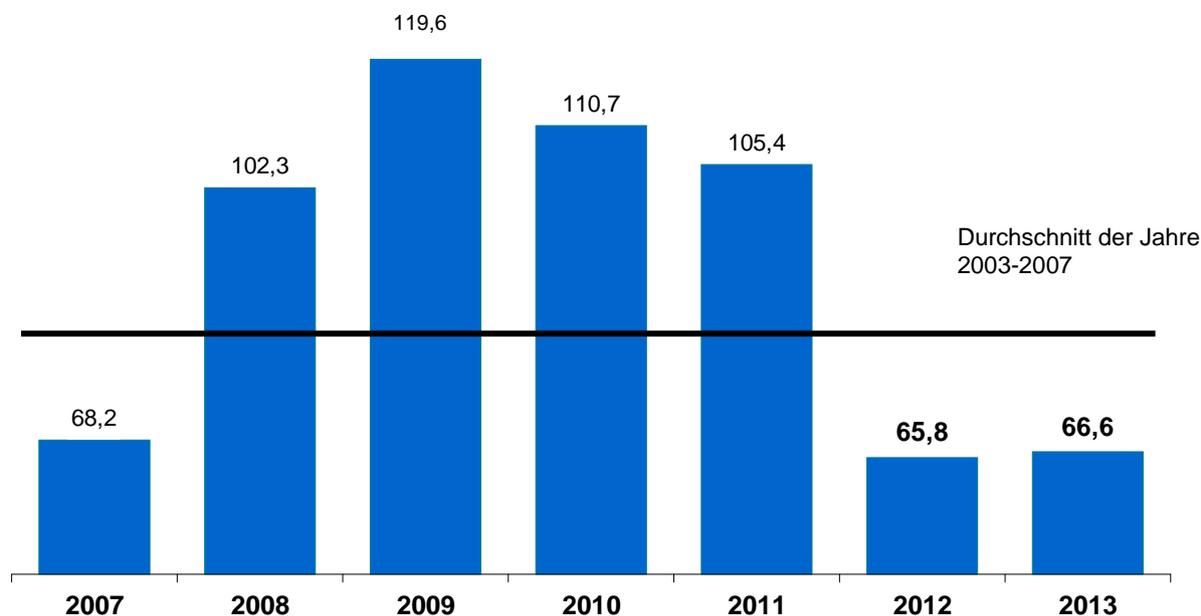
## Investieren in die Zukunft

### 1. Investitionskraft erhalten

Um die antizyklische Politik von Bund und Land nicht zu konterkarieren, war es richtig, die im letzten Doppelhaushalt beschlossene Investitionsoffensive in der aktuellen Krise nicht zu stoppen, sondern weiter zu verfolgen. Dazu zählen insbesondere die Investitionen in die Sanierung von Schulen, den Aufbau der Kinderbetreuung und die Unterhaltung der städtischen Infrastruktur. Dieses in den letzten Haushaltsberatungen für die Jahre 2008 und 2009 beschlossene Investitionsprogramm konnte demnach weitestgehend umgesetzt werden. Das Volumen dieser Maßnahmen beträgt im Übrigen ein Vielfaches dessen, was im Konjunkturprogramm des Bundes für Mannheim vorgesehen ist.

#### Investitionen

in Mio. €



In dem laufenden Konjunkturprogramm des Bundes und der Länder knüpft der Haushalt 2010 / 2011 an die im letzten Doppelhaushalt verabschiedeten Investitionsschwerpunkte an. Im Folgenden wird Ihnen ein Überblick über die in 2008 und 2009 abgeschlossenen Investitionsmaßnahmen gegeben. Für 2010 und 2011 werden die zum Teil begonnenen Maßnahmen fortgesetzt und ausfinanziert. Ein Stopp des Investitionsprogramms ist für diese

Maßnahmen nicht vorgesehen. Aufgrund der Finanzlage nimmt das Investitionsvolumen 2012 und 2013 notwendigerweise um rd. 40 Mio. € pro Jahr ab. Größere Neuinvestitionsmaßnahmen können dann erst ab 2014 finanziert werden. Die aktuellen Maßnahmen verteilen sich auf die Investitionsschwerpunkte Bildung, Schulen, Kinderbetreuung, Kultur / Kulturhauptstadtbewerbung, städtische Infrastruktur, wirtschaftsnahe Infrastruktur und auch Investitionen außerhalb des städtischen Haushaltes durch städtische Beteiligungsunternehmen.

## 2. Bildung/Schulen

Aus dem 2008 aufgesetzten Sanierungsprogramm für Schulen sind in den Jahren 2008 und 2009 wesentliche Maßnahmen abgeschlossen worden. Zu erwähnen sind hierbei vor allem:

- Einrichtung Ganztagsbetrieb Elisabeth-Gymnasium
- Ganztageschule Astrid-Lindgren-Schule
- Geschwister-Scholl-Schulen Werkstattbereich
- Einrichtung Ganztagsbetrieb Ludwig-Frank-Gymnasium
- Einrichtung Ganztagsbetrieb Moll-Gymnasium
- AO Instandsetzung Eberhard-Gothein-Schule
- AO Instandsetzung Liselotte Gymnasium
- Käthe-Kollwitz-Schule einschließlich Kinderhaus
- Eugen-Neter-Schule
- Einrichtung Ganztageschule Johannes Kepler
- Einrichtung Ganztageschule Pfingstberg
- Sanierung Friedrich-Ebert-Schule

Zusätzlich konnte die Abendakademie im April 2009 ihre neuen Räume in U 1 beziehen. Das Investitionsprogramm wird auch in 2010 – 2013 mit unverändert hoher Priorität fortgeführt. Folgende wesentliche Maßnahmen sind hierbei zu nennen:

Bereits begonnene Maßnahmen:

- |  |            |
|--|------------|
| • Sanierung IGMH                                 | 9,5 Mio. € |
| • Einrichtung von Ganztageschulen (unaufgeteilt) | 9,2 Mio. € |
| • AO Instandsetzung Karl-Friedrich-Gymnasium     | 8,4 Mio. € |
| • Sanierung Peter-Petersen-Schule                | 8,0 Mio. € |
| • Sandhofenschule Sanierung                      | 3,4 Mio. € |
| • Sanierung Käfertalschule                       | 3,3 Mio. € |

• Investitionen berufliche Schulen - Fachräume, Geräteräume	2,6 Mio. €
• Neubau Sonderschule Ladenburg	1,8 Mio. €
• Sanierung Eugen-Neter-Schule	1,2 Mio. €
• Brandschutzmaßnahmen Heinrich-Lanz-Schule	1,2 Mio. €
• Umbau/Umstellung Heizungsanlagen in Schulen	1,1 Mio. €
• AO Instandsetzung Seckenheim Schule	0,9 Mio. €
• Moll-Gymnasium Fenster	0,6 Mio. €
• Elektrotechnische Anlagen in Schulen	0,6 Mio. €

#### Neue Maßnahmen:

• Einrichtung Ganztagsbetrieb Uhlandschule	8,2 Mio. €
• Einrichtung Ganztagsbetrieb Vogelstangschule – GS	5,6 Mio. €
• AO Instandsetzung Pestalozzi Schule	2,7 Mio. €
• AO Instandsetzung Elisabeth-Gymnasium	2,6 Mio. €

Zusätzlich wurden pro Jahr 500.000 € Planungsraten für die Sanierung und den Ausbau zum Ganztagsbetrieb veranschlagt, um bei der nächsten Planaufstellung für die Jahre 2012 – 2015 vollzugsreife Baumaßnahmen veranschlagen zu können und damit den Mittelabfluss zu beschleunigen.

Insgesamt entfällt ein Investitionsvolumen von ca. 87 Mio. € auf den Schulbereich.

### 3. Kinderbetreuung

Einen weiteren Investitionsschwerpunkt bildet der Ausbau der Kindertagesbetreuung zu einem bedarfsgerechten Angebot in unserer Stadt. Insbesondere die Ausweitung der Betreuungsplätze für unter 3-jährige und der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung stehen hierbei im Vordergrund. In den Jahren 2008 und 2009 konnten folgende wesentlichen Baumaßnahmen abgeschlossen werden:

- Neubau Kinderhaus Rastatter Straße
- 2. Kinderhaus Rosa-Grünbaum
- Erweiterung Kinderhaus Oberer Ried
- Einrichtung eines Jugendtreffs Sandhofen
- Jugendhaus Schönau
- Sanierung Glasfassade Forum der Jugend
- Beseitigung Brandschutzmängel KH Friedrich-Ebert

Während in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt auf die Anmietung neuer Räumlichkeiten für die Kinderbetreuung gelegt wurde, ist in den Jahre 2010 – 2013 vermehrt mit Neubauten zu rechnen. Insgesamt sind folgende wesentliche Maßnahmen vorgesehen:

- |   |             |
|---|-------------|
| • Ausbau neue Krippen   | 24,4 Mio. € |
| • Sanierung von Kindergärten (inkl. freie Träger)                             | 4,5 Mio. €  |
| • Sanierung Kinderhaus K2   | 1,2 Mio. €  |
| • Errichtung/Ausbau von Gefahrenmeldeanlagen in Tageseinrichtungen für Kinder | 0,3 Mio. €  |

#### 4. Kultur / Kulturhauptstadtbewerbung

Nach der Generalsanierung Zeughauses im Jahr 2007 bilden die Sanierung des Nationaltheaters und die Sanierung der Kunsthalle (Altbau), die einen wesentlichen Grundstein für die Bewerbung als Kulturhauptstadt 2020 bilden, die Investitionsschwerpunkte in den kommenden Jahren.

Insgesamt sind folgende Beträge im Vermögenshaushalt veranschlagt:

- |  |             |
|--|-------------|
| • Sanierung Kunsthalle (Altbau)                  | 12,1 Mio. € |
| • Wettbewerb und Planung Mitzlaffbau             | 0,6 Mio. €  |
| • Sanierung Nationaltheater                      | 5,3 Mio. €  |
| • regulärer Investitionszuschuss Nationaltheater | 2,2 Mio. €  |

Nachdem im Haushaltsplan für die Jahre 2008 und 2009 die Ansätze für den Kulturbereich bereits um 4,4 Mio. € pro Jahr im Verwaltungshaushalt erhöht wurden, werden im Hinblick auf die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2020 folgende weitere Schwerpunkte gesetzt:

- Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an die Kunsthalle um 130.500 € pro Jahr
- Erhöhung des Beschaffungsetats für die Kunsthalle ab 2012 um 50.000 € pro Jahr
- Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an die Reiss-Engelhorn-Museen um 512.600 € pro Jahr
- Erhöhung des Beschaffungsetats für die Reiss-Engelhorn-Museen ab 2012 um 28.800 € pro Jahr
- Verstärkung der Ansätze für die Bewerbung für die Kulturhauptstadt um jährlich 125.000 € auf jährlich 325.000 €
- Erhöhung der Ausgaben für die Kulturförderung um 475.000 € pro Jahr

- Ansätze für Großveranstaltungen, wie z. B. das Deutsche Turnfest, von insgesamt 3,36 Mio. € in 2010 – 2013

Insgesamt erhöhen sich die Ansätze im Planungszeitraum um ca. 2,1 Mio. € pro Jahr.

## 5. Bädersanierung und Sportanlagen

In den Jahren 2008 und 2009 konnten folgende wesentliche Maßnahmen abgeschlossen werden:

- Neubau Turnhalle Jungbusch
- Neubau Turnhalle Neuhermsheim
- Neubau Turnhalle Wilhelm-Wundt-Schule
- Kleinspielfeld an der Pfingstbergschule
- Bauliche Maßnahmen Rhein-Neckar-Stadion

Die Bäderkonzeption wird mit der Sanierung des Hallenbades Neckarau fortgesetzt. Zusätzlich sind Planungsmittel von insgesamt 2 Mio. € für die Sanierung des Carl-Benz-Bades und des Herschelbades veranschlagt. In 2010 bis 2013 sind folgende wesentlichen Maßnahmen veranschlagt:

- |   |            |
|---|------------|
| • Sanierung Hallenbad Neckarau                      | 4,7 Mio. € |
| • Sanierung Herschelbad                             | 4,0 Mio. € |
| • Planungsrate Carl-Benz-Bad und Herschelbad        | 2,0 Mio. € |
| • Zuschuss an die Vereine zum Sportstättenbau       | 1,6 Mio. € |
| • Sanierung Dach Eissportzentrum Herzogenried       | 1,3 Mio. € |
| • Erweiterung Leichtathletikhalle im Pfeifferswörth | 0,4 Mio. € |

Insgesamt sollen in den nächsten vier Jahren ca. 21,7 Mio. € in den Bereich Sport investiert werden.

## 6. Städtische Infrastruktur

In den Jahren 2008 und 2009 konnten folgende wesentliche Baumaßnahmen in die städtische Infrastruktur abgeschlossen werden:

- Alter Messplatz/Kurpfalzkreisel
- Neugestaltung Platz U 2
- Sanierung Frischer Mut
- Umbau Verbindungsstraße Sonderburgerstraße und Firma Roche
- Wohngebietserweiterung Sonnenschein
- Erneuerung Fahrbahnbelag und Brückenzug Kurt-Schumacher-Brückenkopf
- Beseitigung Brandschaden Waldpforte

In den Jahren 2010 – 2013 sind Investitionen von 87 Mio. € in die städtische Infrastruktur vorgesehen. Als wesentliche Maßnahmen in 2010 – 2013 sind zu nennen:

- |   |            |
|---|------------|
| • Grunderneuerung Brücken Waldstraße über Riedbahn                              | 9,5 Mio. € |
| • Sanierung Schönau-Mitte   | 6,9 Mio. € |
| • Herstellung der Straßenbeleuchtung  | 6,8 Mio. € |
| • Ausbau R-/S-Bahn Rhein-Neckar   | 6,2 Mio. € |
| • Neckarauer Übergang   | 4,5 Mio. € |
| • Grunderneuerung Brücken Kurt-Schumacher-Brückenkopf                           | 3,4 Mio. € |
| • Sanierung von Bäumen Augusta Anlage   | 3,0 Mio. € |
| • Umsetzung Klimaschutzgutachten  | 2,7 Mio. € |
| • Grunderneuerung Brücken Jungbuschbrücke                                       | 2,3 Mio. € |
| • Erwerb Grundstücke und Entsorgungskosten Schredder-Halde                      | 2,0 Mio. € |
| • Sanierung Rainweidenstrasse   | 1,8 Mio. € |
| • Verbesserungen im Radwegenetz   | 1,7 Mio. € |
| • Verlegung S Bahn Station Rangierbahnhof                                       | 1,5 Mio. € |
| • Erschließung Wohngelände Baugebiet Hochwald                                   | 1,5 Mio. € |
| • Modernisierung A6 (städtischer Anteil)  | 1,4 Mio. € |
| • Herstellung und Sanierung von Grünanlagen, Kinderspielplätzen und Kickplätzen | 1,8 Mio. € |
| • Sanierung Hochstätt Karolingerweg   | 1,2 Mio. € |
| • Instandsetzung F 1  | 1,1 Mio. € |
| • Kurpfalzachse Fortführung der Maßnahme  | 1,0 Mio. € |

Erst vor wenigen Tagen ist es uns gelungen, eine solidarische Mitfinanzierung der Region an den Planungskosten für den Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar zu erreichen. Mit dem Ausbau der S-Bahn leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur, zum Klimaschutz und zur Erhöhung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in unserer Region.

Aufgrund des fehlenden Spielraums im Vermögenshaushalt mussten jedoch auch einige Maßnahmen, die in der bisherigen Finanzplanung noch veranschlagt waren, auf die Jahre 2014ff verschoben werden. So musste z. B. die Westtangente und die Neugestaltung der Schulstraße in Neckarau komplett gestrichen werden. Für die Maßnahme Seckenheim-Zentrum ist eine Planungsrate von 0,3 Mio. € und für den Ausbau der B44 von 0,5 Mio. € veranschlagt.

Insgesamt mussten folgende wesentliche Maßnahmen gestrichen werden:

- Westtangente
- Ausbau B44/ MA-Sandhofen
- Neugestaltung der Schulstraße in Neckarau
- Grunderneuerung Brücken Mühlauhafen-Westkreuzbrücke
- Grunderneuerung Brücken Hochstraße Auffahrt Konrad-Adenauer-Brücke
- Einrichtung Flächendeckendes Sirenennetz
- außerordentliche Instandsetzung E 5
- Quartiersentwicklung Jungbusch Verbindungskanal
- Umgestaltung von Platzanlagen in Friedrichsfeld
- BV 6516/907 Kleinfeldsteg über die Reichskanzler-Müller-Straße
- BW Anschluss Konrad-Adenauer-Brücke
- Fußgängersteg über die Rheintalbahn Waldseestraße
- Lagerstraßen Kreuzung Industriestraße

## 7. Wirtschaftsnahe Infrastruktur

Ein immer größer werdendes Gewicht erhalten die Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Finanzierung des Großprojekts Mannheim 21 ist nach wie vor gesichert. In den Jahren 2010 und 2011 liegen die Schwerpunkte auf der Räumung der Bahninsel und der Verlegung der Südtangente und des Betriebshofes. Ab dem Jahr 2012 soll die Maßnahme in eine Projektgesellschaft ausgelagert werden, so dass in der Finanzplanung für 2012 und 2013 keine Beträge mehr zu veranschlagen sind.

Als weitere wesentliche Schwerpunkte sind die Entwicklung des Gewerbegebiets Friedrichsfeld Holzweg, der zweite Bauabschnitt des Mafinex-Gründerzentrum und die Aufstockung der Popakademie zu nennen.

Die Neugestaltung der Planken wird in den Finanzplanungszeitraum verschoben, wobei der größte Anteil der Investitionsmittel erst in 2014 benötigt werden.

Insgesamt sind folgende wesentlichen wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen:

• Mannheim 21 (in 2010/11, ab 2012 ausgelagert)	17,3 Mio. €
• Friedrichsfeld Holzweg	14,6 Mio. €
• RWB 2007-2013 2. Bauabschnitt Mafinex	11,8 Mio. €
• RWB 2007-2013 Aufstockung Popakademie	6,4 Mio. €
• RWB 2007-2013 Aufwertung Jungbusch	2,0 Mio. €
• RWB 2007-2013 Risikokapitalfonds	1,6 Mio. €
• RWB 2007-2013 Altes Volksbad	1,2 Mio. €
• Innenstadt Planken	1,7 Mio. €

Das Gesamtvolumen in 2010 – 2013 beträgt ca. 57 Mio. €

Zusätzlich wurden für die Umsetzung des Change<sup>2</sup>-Projektes „Wirtschaftspolitische Strategie“ in 2010 zusätzlich 400.000 € und ab 2011 jährlich zusätzlich 700.000 € im Verwaltungshaushalt veranschlagt.

## 8. Ausgewählte Investitionen von städtischen Beteiligungen

Neben dem Investitionsprogramm des städtischen Vermögenshaushalts finden bei der Stadt Mannheim in ihren Beteiligungsunternehmen, also den Eigenbetrieben und Eigengesellschaften, auch in den kommenden Jahren kontinuierlich hohe Investitionen statt. Diese stellen ebenfalls städtische Investitionen dar und sind insofern der Investitionstätigkeit des Gesamtkonstrukts Stadt hinzuzurechnen.

So sind bei der Abfallwirtschaft für 2010 Investitionen in einem Gesamtumfang von fast 10,5 Mio. € geplant, für 2011 von rund 5,5 Mio. €. Unter anderem wird damit im kommenden Jahr die Installation einer Photovoltaikanlage auf der Deponie Friesenheimer Insel finanziert. Sie kostet rund drei Mio. €, liefert mit einer Kapazität von 1.000 kWp rund 950.000 kWh

umweltfreundlichen Solarstrom pro Jahr und leistet somit einen wertvollen Beitrag zum Projekt KliMa Klimaschutz in Mannheim. Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung hat für umfangreiche Maßnahmen insgesamt 16,9 Mio. € für das kommende und 26,1 Mio. € für 2011 in den Bereichen Bauwerke, Kanalausweitung sowie Kanalausbau/Erschließung investiv geplant. Hier ist beispielsweise in Kooperation mit der Abfallwirtschaft und der MVV die Errichtung einer Biogas-Tankstelle vorgesehen. Daneben wird das Mannheimer Kanalnetz mit umfangreichen Einzelmaßnahmen in seinem Bestand und seiner Funktionstüchtigkeit zu erhalten.

Auch mit unseren Eigengesellschaften haben wir in den aktuellen Wirtschaftsplanungen wieder zahlreiche Investitionen geplant. Lassen Sie mich beispielhaft das Klinikum, die GBG und die MVV Verkehrsgesellschaften herausgreifen.

Das Klinikum hat sich durch seine inzwischen viele Jahre umfassende Erfolgsgeschichte die Basis geschaffen, die Komplementärfinanzierung geförderter Vorhaben zu leisten und auch nicht geförderte Maßnahmen selbständig umzusetzen. Für das kommende Jahr sind Investitionen im Gesamtumfang von gut 35 Mio. € veranschlagt, für 2011 gut 30 Mio. €, womit unter anderem der Neubau der Apotheke (20 Mio. €), der Neubau der OP-Trakte (Haus 32; für 32 Mio. €) sowie die Aufstockung von Haus 9 (Knochenmarktransplantationszentrum; Umfang 5 Mio. €) in Angriff genommen werden.

Unser Wohnungsunternehmen GBG hat für die Modernisierung und Instandhaltung ihrer Wohnungen in den kommenden zwei Jahren über 90 Mio. € vorgesehen (knapp 49 Mio. € in 2010 und etwa 44 Mio. €), um sich weiterhin mit attraktiven Angeboten auf dem Wohnungsmarkt präsentieren zu können und den eigenen Wohnungsbestand auf hohem Niveau zu halten. Hinzu kommen Investitionen im Umfang von 4,8 Mio. € für den Erwerb einer ERP-Software.

Vielfältige Investitionen stehen in den kommenden Jahren auch wieder in unseren MVV Verkehrsgesellschaften, die zur MVV Verkehr GmbH verschmolzen werden, an. Für das Geschäftsjahr 2009/2010, das am 1. Oktober dieses Jahres begann, sind gut 31 Mio. € bei der Verkehr AG und rund 21,5 Mio. € bei der OEG AG geplant.

Wichtigster Investitionsschwerpunkt ist in den nächsten Jahren die Realisierung der Stadtbahn Nord. Wie in der heutigen Vorlage beschrieben, leisten wir mit der Stadtbahn Nord einen erheblichen Beitrag in die Entwicklung des Mannheimer Nordens. Mit der

Stadtbahn Nord können wir über 32.000 Einwohner unmittelbar an das Stadtbahnnetz anschließen.

Schließlich ist die Umsetzung eines solchen Vorhabens ein richtungweisendes Konzept für die künftige Entwicklung des Mannheimer Nordens. Dabei ist die neue Trasse durch eine besondere Gestaltqualität in den zum Teil hochwertigen Stadt- und Grünraum zu integrieren.

Durch die Stadtbahnanbindung erhöht sich die Attraktivität des Mannheimer Nordens als Wohnstandort, da erstmals ein direkter Zugang dieser Stadtquartiere zur Innenstadt und zum Hauptbahnhof geschaffen wird. An der neuen Trasse liegen außerdem wichtige Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, u. a. 6 weiterführende Schulen, die Jugendverkehrsschule, 2 Schwimmbäder, die Freilichtbühne und der Käfertaler Wald als Naherholungsgebiet. Außerdem werden Bildungseinrichtungen in der Innenstadt, wie z.B. die Abendakademie, Stadtbibliothek besser als heute erreicht. Damit wird der Zugang zu diesen Institutionen für die Bevölkerung erleichtert.

Ein guter ÖPNV ist mittlerweile ein wichtiges Kriterium für den Zuzug junger Familien, aber auch anderer Bevölkerungsgruppen, wie die Entwicklung des Niederfelds seit Inbetriebnahme der B-Linie nach Neckarau West belegt. Damit lassen sich ein Wegzug dieser Zielgruppe von der Stadt in die Region vermeiden und perspektivisch auch neue Einwohner gewinnen. Das trägt zu einer Verringerung der Überalterung in den Stadtteilen im Mannheimer Norden bei.

Zudem schließen wir die letzte Lücke im Mannheimer Stadtbahnnetz.

Das Investitionsvolumen für die Neubaustrecke von rund 77 Mio. € wollen wir mit den Zuschüssen aus dem auslaufenden Bundes GVFG und über die MVV GmbH, erstmals ohne Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt finanzieren.

Sofern eine Förderung nach dem Bundes-GVFG nicht erreicht werden kann, sehe ich über Jahrzehnte keine Chancen einer Realisierung einer Stadtbahn in den Mannheimer Norden.

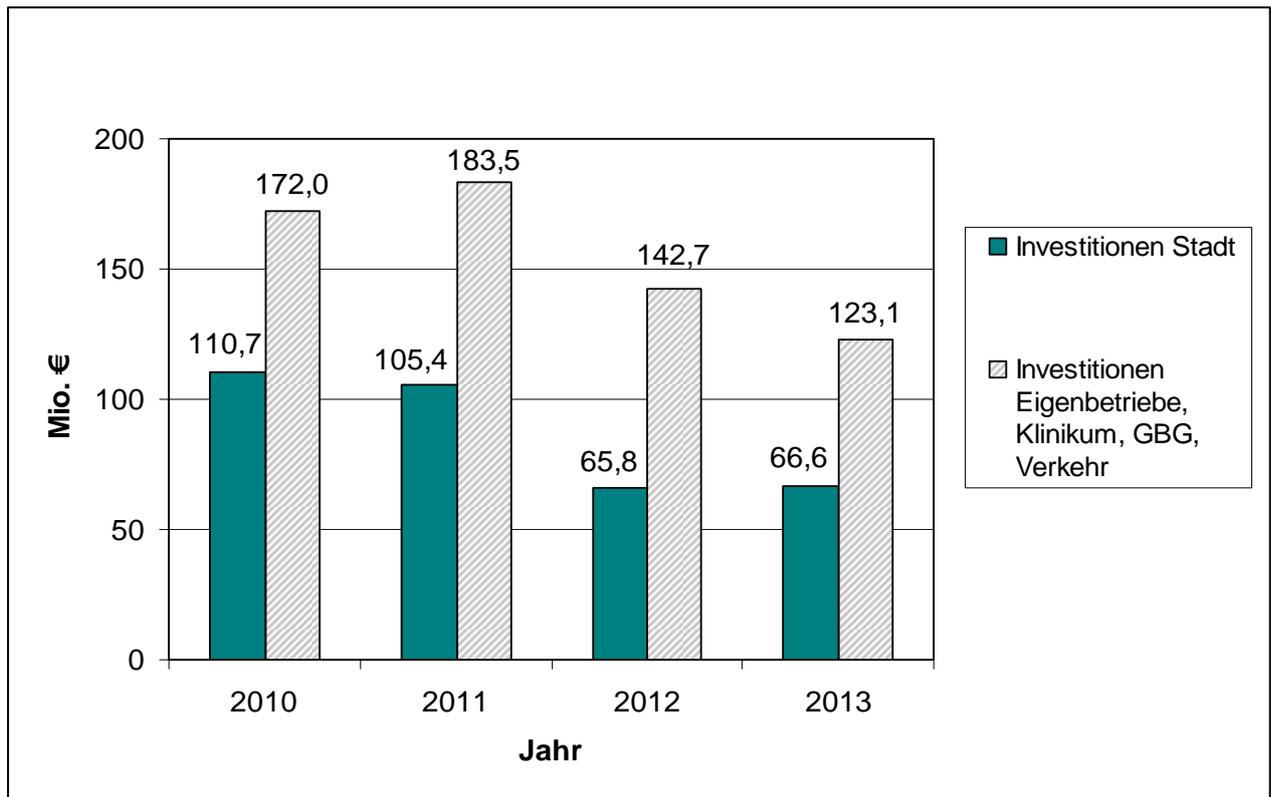
Den Startschuss für die Stadtbahn Nord, beginnend mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung, geben Sie nachher. Sicherlich müssen noch viele Einzelheiten erklärt und erläutert werden. Lassen Sie uns gemeinsam, dieses für den Mannheimer Norden wichtige Projekt gestalten. Sicher werden wir nicht immer alle Wünsche erfüllen können, dennoch bin ich mir sicher, dass wir für die große Mehrheit der Mitbewohner im Mannheimer Norden eine deutliche Verbesserung erreichen werden.

Die weiteren Mittel sind unter anderem vorgesehen für den Bau von Hochbahnsteigen in der Sandhofer Straße (5 Mio. €), die Erneuerung zahlreicher Fahrleitungen (3,75 Mio. €) und die OEG-Brücke über die A 6 bei Wallstadt (2,2 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2010/2011 setzt sich diese Entwicklung fort, zusammen kommt man auf eine Summe von gut 70 Mio. €, beispielhaft für den Umbau der Haltestellenanlage Friedrichstraße (1,9 Mio. €), die Fortsetzung des Haltestellenumbaus entlang der Strecke Wasserturm bis Rathaus (2,6 Mio. €) oder die Erneuerung des Stellwerks in Käfertal (3 Mio. €). Zugegeben, ein Teil dieser Investitionen ist mitfinanziert durch Zuschüsse aus GVFG-Mitteln, dem AEG oder dem LEFG-Oberbauprogramm.

Die Investitionskraft unserer Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaft zeigt damit deutlich, dass sich in Mannheim etwas bewegt. Durch die Wirtschaftlichkeit unserer Beteiligungen gelingt es uns, wichtigen Impulse und Beiträge für die regionale Konjunktur zu leisten, denn viele der Aufträge, die zur Umsetzung der Maßnahmen vergeben werden, gehen an ortsansässige Mittelständler und Handwerksbetriebe.

In diesem Zusammenhang möchte ich ebenfalls ein Projekt erwähnen, dass zwar nicht die Stadt Mannheim oder eine ihrer Beteiligungen alleine auf die Beine stellt, an dem wir aber gleichwohl über den MVV Konzern beteiligt sind. Ich spreche vom Bau von Block 9 beim Großkraftwerk Mannheim. Dieses industrielle Großprojekt sichert nicht nur die Strom- und Wärmeversorgung für die kommenden Jahrzehnte, es schafft gleichzeitig die Grundlage für einen Ausbau unseres bereits jetzt vorbildlichen Fernwärmenetzes und ist von seinem Umfang vergleichbar mit einem eigenen kleinen Konjunkturprogramm. Insgesamt investiert das GKM gut 1,2 Mrd. € bis zum Jahr 2013. Ein beachtlicher Anteil dieser Investitionssumme fließt an Unternehmen in der Region, beispielsweise ging ein Auftrag von 450 Mio. € an Alstom zum Bau des Dampferzeugers. Dessen Kernstück, die Dampfturbine, wird im Werk Mannheim gebaut. Durch eine Stückelung der Vergabelose kommen aber nicht nur Großbetriebe, sondern auch kleinere Unternehmen aus der Region zum Zuge. Dies sichert in unseren schwierigen Zeiten eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in Mannheim und der Region. Zur Veranschaulichung der Investitionstätigkeit unserer Beteiligungen weise ich Sie auf die nachstehende Grafik hin. Sie beinhaltet lediglich die Investitionen der vorgenannten Gesellschaften, also von den Eigenbetrieben, dem Klinikum, der GBG und den MVV Verkehrsgesellschaften. Block 9 ist hierbei auch nicht anteilmäßig eingerechnet. Dennoch zeigt sich im Vergleich zu den Investitionen des Vermögenshaushalts der Stadt die Bedeutung unserer Beteiligungen für die Gesamtleistung der Stadt Mannheim:

## Geplante Investitionen Haushalt und ausgewählte Beteiligungen



### Ausblick - finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

Damit die Städte und Gemeinden ihre finanzielle Handlungsfähigkeit in den nächsten vier Jahren wieder zurückgewinnen, ist eine aufgabenadäquate Finanzausstattung notwendig. Ganz konkret richtet sich die Forderung gegenüber dem Bund und der Länder auf Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Gegenüber dem Land muss erreicht werden, dass der Konsolidierungsbeitrag der Kommunen für den Landeshaushalt in den Jahren 2011 ff. nicht mehr zu leisten ist. Die bisherige Vorwegentnahme des Landes aus dem kommunalen Finanzausgleich beträgt 400 Mio. €. Die Neuorganisation der Agentur für Arbeit stellt ebenfalls ein erhebliches Ausgabenrisiko für die Stadt Mannheim dar. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nicht weiter abgesenkt wird.

Neben diesen zentralen Forderungen gegenüber Bund und Land gibt es auch einige Ansatzpunkte der Stadt Mannheim selbst:

Ein Potenzial für Einnahmeverbesserungen liegt in der zeitnahen Entwicklung städtischer Grundstücke. Dies setzt voraus, dass die Verwaltung und der Gemeinderat gemeinsam die

Kraft haben, bislang schwierig bis schwer zu entwickelnde innerstädtische Flächen und auch gegen Widerstände in den nächsten Jahren an den Markt zu bringen.

In der aktuellen Finanzsituation wird es noch wichtiger, systematisch EU-, Bundes- und Landesprogramme nach Förderungsmöglichkeiten für strategische Maßnahmen der Stadt zu durchforsten und nutzbar zu machen, wie z. B. in der EU-Förderperiode 2000 bis 2006 20,8 Mio. € aus der sogenannten Ziel-II-Förderung und 6,7 Mio. € aus dem EU-Programm URBAN II. Ohne diese Fördermittel wären Leuchtturmprojekte wie Popakademie und der Musikpark kaum realisierbar gewesen. Auch in der laufenden EU-Förderperiode 2007 bis 2013 erhält Mannheim für Infrastrukturprojekte wie Mannheim 21 und einzelbetriebliche Fördermaßnahmen rund 13 Mio. € aus dem EU-Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ und Beschäftigung.

Damit die Fördermittel nach Mannheim fließen, ist eine umfassende Vernetzung der Verwaltung mit europäischen Partnern und mit europäischen Verwaltungsstellen notwendig. Um diese noch intensiver betreuend zu begleiten, ist die Stadt Mannheim als erste Stadt Baden-Württembergs dem europäischen Netzwerk der Großstädte EuroCities beigetreten.

Ganz aktuell ist es dem Europabüro gelungen, zusammen mit der Metropolregion Rhein-Neckar das transnationale Projekt Code24, in dem es um die Stärkung des Logistik- und Verkehrskorridors von Rotterdam nach Genua geht, zu gewinnen.

Auch im ÖPNV besteht die Möglichkeit, bis zum Auslaufen der GVFG-Förderung noch Mittel für ein Stadtbahn-Projekt, das die Wirtschaftlichkeitskriterien erfüllt, zu erhalten.

Damit trotz der Finanzkrise, auch über unsere Beteiligungen, Spielräume für Investitionen geschaffen werden, sind die Change<sup>2</sup>-Projekten zum Verwaltungsumbau notwendig. Mit der Umsetzung des Beteiligungshandbuches und der Einrichtung des zentralen Beteiligungscontrollings können wir unsere Beteiligungen noch besser steuern und die vorhandenen Gesellschaftsmittel noch effizienter für die Stadt und die Bürger nutzbar machen.

Mittel- und langfristig spielt die Einführung der kommunalen Doppik die entscheidende Rolle für die Finanzsteuerung der Stadt Mannheim. Die Vorbereitung für den nächsten Haushalt 2012 / 2013, der erste doppische Haushalt der Stadt Mannheim sein wird, sind bereits im vollen Gange. Ziel ist, das neue Rechnungswesen mit einer wirkungsorientierten Haushaltssteuerung zu versehen. Der Nutzen einer wirkungsorientierten Haushaltspolitik für

den Bürger besteht darin, dass im Gegensatz zum gegenwärtigen Zustand wesentlich transparenter wird, ob und in welchem Ausmaß eine gewünschte Wirkung beim Einsatz von Steuergeldern erreicht wird. Die knappen Mittel können deshalb zielgerichteter und damit wirkungsorientierter als bisher eingesetzt werden. Gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung sind die Fragen nach Art, Umfang, Qualität und Kosten von allen Produkten des kommunalen Leistungsspektrums zu beantworten. Die Praxis zeigt, dass die Kommunen diese Frage selbst beantworten müssen, um Vorgaben von außen zu vermeiden, die die kommunale Aufgabenerledigung nachhaltig in Frage stellen.

Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken, zunächst bei dem Kämmereidirektor Herr Schill, dem stellvertretenden Kämmereidirektor Herr Manhart und der Kassenleiterin Frau Götz. In meinen Dank will ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, alle anderen Ämter in meinem Dezernat, sowie meine Kollegin und Kollegen mit einbeziehen. Insbesondere der neue Ansatz eines Haushaltsstrukturprogramms, der eigenverantwortlich in den Fachbereichen und Ämtern der einzelnen Dezernate entstanden ist, hat viel Kraft und Zeit gekostet. Damit wurde deutlich, dass die Bewältigung dieser außerordentlich schwierigen Finanzlage der Stadt nur gemeinsam bewältigt werden kann. Dies kann als gutes Beispiel verstanden werden für die anstehenden Haushaltsberatungen, denen ich einen guten Verlauf und ein für die Stadt und die nächsten Generationen akzeptables Ergebnis erhoffe.